

Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland (Jürgen Wilke)

➤ Einleitung + Vorgeschichte + Nachrichtengattungen

1849

Eröffnung des Wolff'schen Telegraphischen Bureaus (WTB); es war abhängig von der preußischen Regierung und hatte Schwierigkeiten wegen den Beschränkungen durch internationale Kartellabsprachen.

1913

Errichtung der Telegraphen-Union (TU); sie war im Besitz der Schwerindustrie und das zweite wichtige Nachrichtenbüro in Deutschland.

1933

Zusammenlegung des WTB und der TU in das Deutsche Nachrichtenbüro (DNB), das in Reichsbesitz genommen wurde.

1944

Jan. Briten und Amerikaner führen Detailplanungen für Eroberung Deutschlands und für die Phase nach der Kapitulation zusammen in der Psychological Warfare Division (PWD), einem Teil der SHAEF, durch.
März Französische Militärmission in der SHAEF (Franzosen an das Gesetz Nr. 191 und das Handbook for Military Government in Germany gebunden)
Verbot aller publizistischen Tätigkeiten in Deutschland durch das Gesetz Nr. 191 des Supreme Headquarters of the Allied Expeditionary Forces (SHAEF)
Damit wurde auch das Deutsche Nachrichtenbüro geschlossen.
April [Verfahrensvorschlag der PWD für die längerfristige Rundfunkkontrolle: Es sollte ein Tripartite \(Amerikaner, Briten, Sowjets\) Propaganda Policy Committee eingerichtet werden, dessen ausführendes Organ ein Executive Control Body \(3-Mächte-Kontrolle für den Deutschlandsender und das Deutsche Nachrichtenbüro in Berlin\) darstellen sollte; in dieses sollte eine interalliierte Direction of German Radio Service eingegliedert werden, die v.a. für die Produktion eines nationalen Rundfunkdienstes zuständig sein sollte.](#)
Sept. [Besetzung des Radio Luxembourg](#)

1945

24.1. [Die Aachener Nachrichten erscheinen als erste deutsche Zeitung unter Amerikanischer Kontrolle \(aber unter Beteiligung zweier deutscher Journalisten\).](#)

- _ Kritik am schnellen Vorgehen
- _ Zum Ausgleich Herausgabe von Heeresgruppenblättern für die deutsche Bevölkerung, zunächst von den Amerikanern, dann auch von den Briten (insgesamt zeitweise 13 Titel mit Gesamtauflage von 8,5 Mio) ; immer Beteiligung von Deutschen an den Redaktionen um für die späteren Lizenzzeitungen erprobtes Personal zu haben
- Nach und nach wurden die Heeresgruppenblätter eingestellt (bei den Amerikaner bis Nov. 1945) und durch Lizenzzeitungen ersetzt.
- 18.2.+5.4. Ankündigungen der Sowjets, nächste Maßnahmen (wie eine antifaschistisch-demokratische Zeitung) betreffend
- 16.4. Erlass des Manual for the Control of German Information Services (bezug auf Gesetz Nr. 191 vom 24.11.1944); Inhalt: 3 Phasen der Neuordnung der Medien für die vollständige Entnazifizierung + Strukturen des Verfahrensvorschlags vom April 1944 + Details für Zensur, Lizenzierungsverfahren, Kategorisierung deutscher Journalisten
- Konkrete Ausführung im Bereich Rundfunk:
Besetzung aller Rundfunkhäuser und Studios durch Radio Production Units (Rundfunkkontrollseinheiten der westalliierten Heeresgruppen);
Anschließend wieder Inbetriebnahme der Funkhäuser und Ausstrahlung des Radio Luxembourg Programms sowie deutschsprachiger Sendungen der BBC und des amerikanischen Regierungssenders Voice of America; als drittes sollte ein nationales Rundfunkprogramm auf die Beine gestellt werden, allerdings fehlte hierzu ein konkretes Konzept.
- 1.5.-10.6. 275 Kader der KPD und der NKFD (= Nationalkomitee Freies Deutschland) werden in der sowjetischen Kontrollzone aktive, um dort die interessanten Posten zu besetzen.
- 4.5. Als erster Militärregierungssender beginnt Radio Hamburg (britische Zone) mit der Ausstrahlung eines regelmäßigen Programms.
- 7./8.5. Kapitulation der Nationalsozialisten
- 12.5. Revidiertes SHAEF-Gesetz Nr. 191 und Nachrichtenkontrollschrift Nr.1 regeln Presse und Lizenzierung in den Westzonen.
- 12.5. Als erste Rundfunkeinrichtung im amerikanischen Besatzungsgebiet beginnt Radio München sein Programm (aus einem Übertragungswagen).
- 13.5. Der Berliner Sender nimmt unter sowjetischer Führung seine Tätigkeit wieder auf, zunächst unter dem Namen Radio Berlin dann als Berliner Rundfunk.
- 15.5. Erstausgabe der Täglichen Rundschau in (Ost-)Berlin (erste Zonenzeitung überhaupt, herausgegeben von den Sowjets) _ inhaltliche Uniformierung durch das sowjetische Nachrichtenbüro (SNB) und die täglichen Zensuren und Anweisungen
- 21.5. Erstausgabe der ersten sowjetischen Lizenzzeitung Berliner Zeitung; Die Lizenzierung der Presse erfolgte auf Länderebene. Jede Partei erhielt ein Zentralorgan (siehe S. 48). Außerdem gab es Regionalzeitungen mit Nebenausgaben.
- 22.5. Direktive Nr. 1 des Kontrollrates: Festlegung der Leitlinien für die Heeresgruppenzeitungen und für den Rundfunk
- 28.5. Direktive Nr.2 des Kontrollrates: Nazifeindliche Schriftsteller und

- Journalisten erhalten die Möglichkeit, zu unpolitischen Themen Stellung zu beziehen.
- 3.6. Radio Stuttgart beginnt als zweite Rundfunkeinrichtung in der amerikanischen Besatzungszone seine regelmäßigen Sendungen.
- 4.6. Radio Frankfurt eröffnet als dritte Rundfunkeinrichtung in der amerikanischen Besatzungszone sein Programm.
- 5.6. „Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der Obersten Regierungsgewalt“
_ oberste Gewalt inklusive Funkhoheit ging an die Siegermächte über. Sie wurde durch die Oberbefehlshaber der Besatzungsstreitkräfte ausgeübt. Den Platz der deutschen Staatsgewalt nahm der Alliierte Kontrollrat ein. Die 4-Sektoren-Stadt Berlin wurde von der interalliierten Berliner Kommandantur verwaltet
- Mitte Juni Entschluss, im französisch besetzten Gebiet genau eine Rundfunkstation (Südwestfunk – SWF) zu schaffen _ Franzosen die Rundfunkstrukturen betreffend entschlossener als die anderen Westalliierten. Ebenfalls schnell beschlossen war die Errichtung einer Zonen-Nachrichtenagentur in Baden-Baden.
- 28.6. US-Direktive Nr. 3: Wende in der amerikanischen Politik
Die deutsche Zivilbevölkerung soll von ihrer momentan ungesunden Geisteshaltung (von wegen Kriegsschuld etc.) abgebracht werden. Als Form der Lizenzzeitung legten die Amerikaner die Gruppenzeitung fest; allerdings war es nicht so einfach wie zunächst angenommen, ideale ausgewogene Lizenzträgergruppen zu finden, d.h. irgend eine politische Richtung war bei den Blättern immer dominierend.
- 29.6. Übermittlung erster Nachrichten des German News Service (GNS) – Nachrichtenagentur der amerikanischen Zone - aus Bad Nauheim; im Dezember waren hier schon 130 der 180 Beschäftigten Deutsche.
- Juli Auflösung von SHAEF
_ alle Befugnisse gehen auf die Militärregierungen der 4 vereinbarten Zonen über.
_ unterschiedliche Entwicklung der 4 Zonen vorprogrammiert; höchstes Organ für weitere Entwicklung: der Alliierte Kontrollrat
- Juli Das gesamte in der SBZ beschlagnahmte verlegerische Eigentum wird auf die deutschen Zentralverwaltungen übertragen _ keine Chance der Altverleger jemals wieder ihren alten Arbeitsplatz besetzen zu können.
- Mitte Juli Auflösung des westalliierten Oberkommandos
- 19.7. Übermittlung erster Nachrichten des Sowjetischen Nachrichtenbüros (SNB)
- 28.7. Ordonnance No. 1 der französischen Militärregierung: das SHAEF-Gesetz Nr. 191 gilt auch für den Rundfunk in der französischen Zone.
- 29.7. Beschlagnahmung der Kölner Rundfunkwelle für die Ausstrahlung des britischen Truppenbetreuungsprogramms British Forces Network (BFN)
_ für Rundfunkversorgung des gesamten Britischen Gebietes nur noch eine Mittelwellenfrequenz übrig.
- 31.7. Erstausgabe der Frankfurter Rundschau (erste Lizenzzeitung in der amerikanischen Besatzungszone)
- August Informationsblätter in der französischen Zone; der gewünschte Pluralismus wurde in die Redaktionen verlegt.
- 4.8. Das Foreign Office weist mit seinem Memorandum über die Grundsätze

der Informationskontrolle im britischen Besatzungsgebiet Radio Hamburg die Aufgabe eines Inlandsdienstes zu; verwirklicht wird dies zum Jahreswechsel 1945/46 als über die Wiederherstellung des Langenberger Großsenders die genügende Reichweite gewährleistet ist.

Außerdem verfügt das Papier darüber, dass die Basismedien in der britischen Zone in Hamburg zu konzentrieren seien: zonale Nachrichtenagentur, Zonenzeitung, Zonenprogramm mit zentraler Rundfunkdirektion _ „British sponsored media“ _ Sprachrohr der Militärregierung, Vorbild für späteren deutschen Journalismus; Einschnitt: Nicht mehr traditionell regionale Struktur mit den Hauptstandorten Hamburg und Köln

8.8. **Erstausgabe der ersten französischen Lizenzzeitung Badener Tageblatt**

8.8. Übermittlung erster Nachrichten des Nachrichtendienstes German News Service-British Zone (später: Deutscher Presse Dienst)

24.8. Erster rundfunkpolitischer Eklat zwischen den Alliierten: Die Errichtung eines Multipartite Radio-Committees, die zuvor im Information Committee der Berliner Kommandatur vereinbart worden war, scheitert. Somit verlieren die Westmächte ihre Chance auf eine Mitsprache beim Programm des einzigen Berliner Senders Berliner Rundfunk und die Hoffnung, in diesem Sender das geplante nationale Programm produzieren zu können.

Ende Aug. Gründung der Rheinischen Nachrichtenagentur (RHEINA) = Nachrichtenagentur der französischen Zone; zunächst ausschließlich französische Mitarbeiter

Sept. Proklamierung der Länder Bayern, Württemberg-Baden und (Groß-)Hessen in der amerikanischen Zone; damit und durch die technisch günstige Voraussetzung, dass die Frequenzen in den ehemaligen Hauptstandorten gut erhalten waren, waren die Voraussetzungen für die Schaffung eines föderalen Rundfunkssystems in dieser Zone gut.

Sept. Aufbau des SWF

6.9. Namensänderung des amerikanischen German News Service in Deutsche Allgemeine Nachrichtenagentur (DANA)

22.9. Der Rundfunk in der britischen Zone (Rundfunkhäuser Köln und Hamburg) erhielt den Namen Nordwestdeutscher Rundfunk (NWDR).

26.9. **Erstausgabe der Nouvelles de France in Konstanz (französische Zonenzeitung)**

26.9. Sendebeginn des Nordwestdeutschen Rundfunks Köln (aus einem fahrbaren Behelfssender)

Ende Sept. **Erstausgabe der ersten Lizenzzeitschrift überhaupt durch die Sowjets unter dem Namen Aufbau**

Erscheinen der ersten amerikanischen Lizenzzeitschrift: Die Wandlung
Generell hielten sich diese ersten Zeitschriften nicht lange; auch die späteren konnten sich auf Dauer nicht gegen die Illustrierten (z.B. Bunte Illustrierte, Die Neue Illustrierte, Quick), die Wochenblätter (= Regenbogenpresse, z.B. Das grüne Blatt, Heim und Welt, Neue Post, Diese Woche, Wochenende) und Nachrichtenmagazine (z.B. Der Spiegel) behaupten, die seit 1947/48 erschienen allesamt eine viel höhere Auflage hatten.

_ Entspannung im Papiersektor

- 1.10. Mitteldeutscher Rundfunk wieder in Betrieb (sowjetische Zone); übertrug zunächst als Relaisender nur das Programm des Berliner Rundfunks
- 1.10. Verbreitung der ersten Sportnachricht einer Spezialagentur unter dem Namen „Westdeutscher Pressedienst/Sport“
- 6.10. **Erstausgabe der Süddeutschen Zeitung in München (Lizenzzeitung mit der Lizenznummer 1)**
- 14.10. Sendebeginn von Radio Koblenz (da in Koblenz einziger Nebensender im französischen Gebiet) als erstem französischem Militärregierungssender; das Programm wurde von vornherein von Deutschen zusammengestellt, unter französischer Kontrolle.
- 17.10.
Spätherbst **Alle wiederhergestellten Hörfunksender verbreiten ein eigenes vielfältiges Programm, das täglich ca. 10 Stunden zu hören ist.**
- Spätherbst Bis zu diesem Zeitpunkt wurden die Zonenagenturen von dem Londoner Allied Press Service (APS) mit Weltnachrichten versorgt. Ab jetzt sollte dies durch die jeweiligen nationalen Agenturen der Alliierten geschehen: Die DANA von der Associated Press (AP), United Press (UP) und dem International News Service (INS), die dpd durch die britische Agentur Reuter und die RHEINA von der Agence France-Presse (AFP), die SNB und ADN hauptsächlich von der sowjetischen Agentur TASS.
Die AP schloss bereits zu dieser Zeit Verträge mit deutschen Zeitungsverlagen über eine Direktbelieferung.
- Nov.
21.11. **Erscheinen der ersten britischen Lizenzzeitschrift: Die Sammlung**
Beschluss der amerikanischen und der britischen Militärregierung, in ihren Sektoren ein Drahtfunksystem aufzubauen um den Sowjets die alleinige Kontrolle über den Berliner Rundfunk streitig zu machen.
- 24.11. Die Durchführung des Umerziehungsauftrages im britischen Rundfunk wird dem Deutschen Dienst der BBC überantwortet; Radio Hamburg soll sich auf offenes, aktuelles, informatives, unterhaltsames Programm konzentrieren _ Kontrollen werden weniger, NWDR wird zum liberalsten Militärregierungssender.
- 12.12. Gegenschlag der Sowjets: Das Programm des Berliner Rundfunks wurde nun über die Anlagen in Königs Wusterhausen auch unter dem Namen Deutschlandsender verbreitet. = endgültiges Aus für den „nationalen Rundfunkdienst“, der für die Westalliierten als publizistisches Symbol der Einheitsmaxime galt.
- Mitte Dez. **Genehmigungen von parteinahen Lizenzzeitungen in der britischen Zone anstatt den mit den Amerikanern vereinbarten Gruppenzeitungen _ in den Städten mehrere Blätter unterschiedlicher Tendenz vorhanden**
geplant waren ursprünglich 40 Lizenzzeitungen, ungleichmäßig auf die einzelnen Parteien verteilt (die meisten für SPD und CDU).
Wegen Papiermangels und großen Schäden an den Druckereien wurde das Planziel erst mit einem Jahr Verspätung erreicht.
Aufsicht über die Lizenzpresse: Press and Information Services Control (PR/ISC); ihre Aufgabe war allerdings nahezu unlösbar, v.a. was die Umerziehungs-Kontrolle anbelangt. Die Inhaltskontrolle wurde über eine Nachzensur durchgeführt.
Zweiter Lizenzierungsschub: Erhöhung der Titel-Anzahl auf 58;

- Umverteilung auf die Parteien; Grundsatz: Presse darf alles publizieren, nicht nur das was den Regierungsabsichten entspräche, sonst würde sie zu bloßem Propagandainstrument werden.
- 20.12. Anweisung, Pläne für die Übergabe des amerikanisch besetzten Rundfunks in deutsche Hände auszuarbeiten. Jedoch gab es massive Probleme bei der Ausarbeitung, da die Entwürfe der 3 Länder nicht zu einem zu vereinen waren und außerdem zwischen der amerikanischen Vorstellung von einem staatsunabhängigen Rundfunk und der deutschen Weimarer Tradition eine riesen Kluft bestand. Somit kam es in Bayern und Hessen erst gegen Ende 1948 zur parlamentarischen Verabschiedung der Gesetze.
- 21.12. Die Leitung des Rundfunkwesens in der sowjetischen Zone wird der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung (DVV) überantwortet, dessen Leiter Paul Wedel, ehemaliger Chefredakteur des KPD-Zentralorgans Deutsche Volkszeitung, wird. Die SMAD kontrolliert alle Rundfunkmitarbeiter und zensiert die Sendungen.
_ Meinungsvielfalt im sowjetischen Rundfunk eingeschränkt; Rundfunk dient zur Transformation von Staat und Gesellschaft zum Sozialismus.
- 23.12. Sendebeginn von Radio Bremen (britisch)
- 24.12. Erscheinen der ersten französischen Lizenzzeitschrift: Die Gegenwart
- Ende Dez. Zulassung von deutschen Parteien in der französischen Zone

1946

- Januar Direktive Nr. 24 des Alliierten Kontrollrats: Richtlinien zur Entnazifizierung
Die Entnazifizierung war für die Amerikaner ein Kernelement, die Franzosen und die Briten nahmen dies nicht ganz so ernst.
_ Bedeutung für die Besetzung der Lizenzzeitungs-Redaktionen
- 8.1. Erstausgabe der ersten britischen Lizenzzeitung Braunschweiger Zeitung
- 9.1. Der Wiesbadener Kurier ist der erste deutsche Zeitungskunde der amerikanischen Nachrichtenagentur Associated Press (AP).
- 4.2. Press Control Instruction No. 1 in der US-Zone: Bestimmung für Lizenzträger: Es war eine Gesellschaft nach deutschem Recht zu gründen, mit Gesellschaftskapital inkl. festgelegter Verzinsung; vorzulegende regelmäßige Gewinn- und Verlustrechnung; festgelegtes wöchentliches Gehalt an Lizenzträger und Chefredakteure
- 7.2. Eröffnung des „Drahtfunks im amerikanischen Sektor“ DIAS mit einem täglich 7-stündigen Programm
- 21.2. Erstausgabe der Wochenzeitung Die Zeit in Hamburg (britische Zone)
- 22.2. Die Sportagentur erhält eine vorläufige Lizenz und verbreitet ihre Nachrichten ab April unter dem Namen „Sport-Informationen-Dienst“ (sid) und etabliert sich zu einer festen Institution.
- 26.2. Lizenzierung der ersten acht Lizenzzeitungen im Rheinland und in Westfalen
- 15.3. Die Erstausgabe des Rheinischen Merkur erscheint in Koblenz.
- 17.3. Sendebeginn von Radio Saarbrücken (französisch)

- Mitte März Auftrag an die DVV, in der sowjetischen Besatzungszone Landessender einzurichten. Diese sollten vor allem Sendungen mit regionalen und lokalen Bezügen ausstrahlen, was trotz der technischen Schwierigkeiten gelang. Die Programmgestaltung wurde von oben kontrolliert, Fragen von großer Bedeutung (Nachrichten, politische Kommentare, etc.) durfte nur der Berliner Rundfunk – der direkter kontrolliert werden konnte – bearbeiten. Von dort durften die Landessender die Argumentationslinien, etc. übernehmen.
- 31.3. Sendebeginn des Südwestfunks in Baden-Baden, der eigens neu für die französische Besatzungszone eingerichtet wurde um die Übergangslösung in Koblenz einstellen zu können (von vornherein von Deutschen geleitet). Der SWF sollte ein Zentralprogramm produzieren, das in den Regionalprogrammen seine Ergänzung finden sollte. Es wurden auch Sendungen aus dem Zentralprogramm vom französischen Radio Saarbrücken übernommen, der zunächst als Teilsender und ab Mitte Sept. 1946 selbständig arbeitete.
- 2.4. **Erstausgabe von Die Welt (Britische Zonenzeitung)**
- 6.5. Memorandum der französischen Section Radio, die künftige Organisation des Rundfunks betreffend: Nicht die Autonomie des Rundfunks war der Mittelpunkt, sondern die fortwährende Sicherung des französischen Einflusses auf den Rundfunk, v.a. auf seine Programminhalte. Dies sollte dadurch gewährleistet werden, dass der SWF in eine Aktiengesellschaft mit mehrheitlicher Beteiligung des französischen Staates umgewandelt wird.
- 26.6. erteilung von Lizenzen an die Agenturen AP und UP, direkt Nachrichten an deutsche Kunden zu verkaufen. Damit kam für diese beiden eine Weiterbelieferung der DANA nicht mehr in Frage, woraufhin diese Austauschverträge mit Reuters und INS schloss.
- Mitte Juli Entscheidung der Amerikaner gegen ein einheitliches Rundfunkgesetz für ihr gesamtes Gebiet und für Landesrundfunkgesetze, die durch die einzelnen Länderparlamente erarbeitet werden sollten. _ Länderkompetenz
- 15.8. Die DVV wurde zur Generalintendanz des demokratischen Rundfunks umgewandelt: Den Landessendern wurde der Status öffentlich-rechtlicher Einrichtungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit zugeschrieben.
- 17.8. Eröffnung eines eigenen Mittelwellensenders im britischen Sektor und einer Zweigstelle des Nordwestdeutschen Rundfunks, dessen Programm auch nach Berlin übertragen wurde.
- 5.9. Anstelle des Drahtfunks im amerikanischen Sektor (DIAS) beginnt RIAS Berlin (Mittelwellensender) sein Programm (von den Amerikanern auch als fortdauernde Forderung nach 4-Mächte-Kontrolle des Rundfunks in Berlin gesehen _ keine Legalisierung als deutsche Rundfunkeinrichtung).
_ Ätherkrieg über Berlin: Die Westalliierten versuchen gegen die von den Sowjets bzw. der SED verbreitete demokratiefeindliche Propaganda anzukämpfen.
- Mitte Sept. Einrichtung einer „Redaktion des Berliner Rundfunks der SMAD“ um das Rundfunkflaggschiff der Sowjets, den Berliner Rundfunk, noch stärker unter die Kontrolle der SMAD zu bringen.
- 10.10. Gründung des Verbands der Deutschen Presse, dem späteren Verband

- der Journalisten der DDR
- 10.10. Gründung des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes (ADN) in der sowjetischen Zone
- 12.10. Kontrollratsdirektive Nr. 40: Genehmigung für die deutsche Presse, die Politik der Besatzungsmächte zu kommentieren und Weltnachrichten sowie Nachrichten der Auslandspresse zu publizieren; gleichzeitig Verbot, Gerüchte über angebliche Zwietracht zwischen Alliierten zu verbreiten, Ergebnisse alliierter Konferenzen sowie Entscheidungen des Kontrollrats und Maßnahmen der Zonenbefehlshaber zu kritisieren; weitere Grundsätze: Trennung von Nachricht und Meinung, ordentliche Quellenangabe bei Nachrichten, gutes Deutsch; Maßnahmen bei Verstößen: Monita der Presseoffiziere
- 26.10. Übergabe der DANA in deutsche Hände, als Genossenschaft der lizenzierten Zeitungsverlage der US-Zone zugelassen
- 6.12. Vorlage des ersten Entwurfes zur Organisation des Rundfunks in der britischen Zone nach dem Vorbild der BBC (gebührenfinanzierte öffentliche Körperschaft): Es solle einen Generaldirektor geben, dessen Geschäftsführung durch den aus 7 oder 8 weisungsunabhängigen Mitgliedern bestehenden Verwaltungsrat kontrolliert werde, der wiederum von einem Treuhänderausschuss gewählt werde, der von parteipolitischen Einflüssen völlig frei sein solle. Auf den massiven Druck der Bevölkerung und der Parteien hin wurde beschlossen, dass zwei der 7 Mitglieder des Verwaltungsrates einen politischen Hintergrund haben sollten. Der Treuhänderausschuss wurde auf 16 Mitglieder aufgestockt und zu einem gesellschaftlich-pluralistischen Organ mit zusätzlichen Kompetenzen wie der Genehmigung des Jahresabschlusses des NWDR. (Mitte Nov. 1947)
- 15.12. Erste Ausgabe der Programmzeitschrift Hör zu im Axel Springer-Verlag

1947

- 1.1. Verschmelzung der Britischen und Amerikanischen Zone zur Bizone
- 1.1. Umbenennung der DANA (zuvor German News Service) in DENA = Deutsche Nachrichtenagentur
- 4.1. Erste Ausgabe des Nachrichtenmagazins Der Spiegel
- 1.4. Gründung der Südwestdeutschen Nachrichten-Agentur (Südena) als Nachfolger der RHEINA, bis Juni 1948 mit französischem Mehrheitsanteil
- Ende Jan. Entstehung des Stadtstaates Bremen in der amerikanischen Zone; die Voraussetzungen für Radio Bremen waren nicht so günstig wie für die anderen amerikanischen Sender, denn hier würde die Finanzierung schwierig werden.
- 25.6. Direktive Nr.54 des Kontrollrates: Erlaubnis für freien Austausch der Medien zwischen den Zonen
- 1.7. Erlaubnis an ausländische Nachrichtenagenturen, in der britischen Zone Nachrichten direkt zu verkaufen, weiterhin Bevorzugung von Reuters. Eine ähnliche Erlaubnis erfolgte in der französischen Zone mit Verzögerung, sie war damit die letzte der westlichen.
- 5.7. DENA und dpd werden in deutsche Unternehmen umgewandelt.
- 15.7. (Wieder)Gründung des Evangelischen Pressedienstes (epd)
- Ende Juli Amerikaner dulden kritische Berichte über die SBZ.

- Mitte Zulassung von Parteizeitungen in der französischen Zone
Wie auch die Briten hatten auch die Franzosen später Probleme mit der Parteipresse; Maßnahmen: Verwarnungen, Verbote, Papiereinschränkungen
- Sommer Bemängelung des schlechten Zustands der öffentlichen Meinung, sprich der Unzufriedenheit der deutschen Bevölkerung mit der britischen Militärregierung; schuldig war nach Ansicht der Briten die schlechte Berichterstattung der Parteizeitungen.
Maßnahmen zur Verbesserung: Weiterbildungskurse für deutsche Journalisten mit Hilfe ihrer britischen Kollegen + Zulassung einer Reihe parteipolitisch unabhängiger Blätter: Norddeutsche Zeitung (2.2.1948), Westdeutsche Allgemeine Zeitung (3.4.1948), Westdeutsche Zeitung (2.7.1948), Hamburger Abendblatt (14.10.1948)
Verordnung Nr. 108: Ein beratender Ausschuss in jedem Land à 20 Mitglieder (Journalisten und Verleger) für die Lizenzierung von Zeitungen und Zeitschriften in der britischen Zone; übergreifendes Gremium: Zonenpresserat
- 22.9. Zur Lösung des Postproblems im britischen Sektor wurden die Sendeanlagen dem NWDR übereignet.
- 28.10. Pressekonferenz der Amerikaner in Berlin: „Operation Talk Back“
_ Das seit der Gründung der SED (im April 1946) angesammelte Konfliktpotential darf nun durch die Lizenzpresse ausgetragen und damit zu einer Propagandakampagne gemacht werden.
_ Vorstufe zum Kalten Krieg
- 21.11. Trennung zwischen Post und Rundfunk im amerikanischen Sektor
- 1948**
- 1.1. Verordnung Nr. 118 der britischen Militärregierung: Errichtung des Nordwestdeutschen Rundfunks (NWDR) als erste deutsche Anstalt des öffentlichen Rechts mit Hauptsitz in Hamburg; in der Satzung war zwar festgelegt, dass der NWDR frei von allen staatlichen und parteipolitischen Einflüssen sein müsse, aber schon nach der ersten Wahl des Verwaltungsrates war zu erkennen, dass sowohl parteipolitische als auch landeskompetenzliche Ansprüche eine wesentliche Rolle im Rundfunk der britischen Zone spielen würden.
- Feb. Austauschvertrag zwischen AFP und DENA _ AFP verzichtet auf die Errichtung einer eigenen deutschen Tochterfirma.
- 1.3. Erstausgabe der Frauenzeitschrift Constanze
- 24.3. Verabschiedung eines Pressegesetzes durch den Stuttgarter Landtag
- Frühjahr Verschärfung der Situation zwischen Westalliierten und den Sowjets durch den Umsturz in der Tschechoslowakei und die Berlin-Blockade
_ In der amerikanischen und der französischen Besatzungszone werden kommunistische Journalisten aus den überparteilichen Lizenzzeitungen entfernt.
- 30.5. Aufforderung aus Paris, den SWF in eine deutsche Rundfunkeinrichtung umzuwandeln. _ Vorlage der Prinzipien noch am selben Tag: Staats- und Regierungsunabhängigkeit, finanzielle Autonomie, Ausschaltung der Kontrollmöglichkeiten durch die Post.
_ Aufgabe der Idee der Aktiengesellschaft zugunsten des Modells der öffentlich-rechtlichen Anstalt

- Annäherung der Franzosen an die deutschlandpolitischen Ziele der Amerikaner und Briten
- 21.6. Währungsreform in den drei Westzonen Deutschlands
– Auflagenrückgänge bei den Zeitungen wegen dem vorsichtigen Umgang der Bürger mit der neuen Währung
Ab diesem Zeitpunkt war der Bezug von Nachrichten aus westlichen Agenturen in der sowjetischen Zone nicht mehr möglich.
- 1.7. vollständiger Übergang der DENA in deutschen Besitz
- Juli Alle westlichen Zonenagenturen befinden sich in deutschen Händen.
- 1.8. Erstaussgabe der Illustrierten Der Stern
- 2.8. Erstaussgabe der Welt am Sonntag
- 9.8. Aufforderung des Bremer Senats, ein Rundfunkgesetz zu erlassen (US-Zone)
- 10.8. Gründung des Bayerischen Rundfunks (BR) – US-Zone
- 2.10. Gründung des Hessischen Rundfunks Rundfunks (HR) – US-Zone
- 30.10. Begründung des SWF als Anstalt des öffentlichen Rechts (auf der Grundlage der Ordonnance No. 187); jedoch mit Autonomievorbehalt: Kontrolle der Organe des SWF durch das französische Oberkommando Ordonnance No. 188: Lösung des Postproblems durch Übertragung der Sendeanlagen auf den SWF
Bestandsgarantie: Monopolstellung des SWF für Errichtung und Betrieb jeglicher Rundfunkanstalten
+ gewisse Kooperationsverbote, die die Einbindung des SWF in einen späteren eventuellen gesamtdeutschen Rundfunk
Die Organe bildeten auch hier der Rundfunkrat, der Verwaltungsrat und der Intendant.
- Dez. In der britischen Zone gab es 49 Zeitungen mit einer Auflage von 10,1 Mio Exemplaren und 418 Zeitschriften mit einer Auflage von 15,1 Mio Exemplaren.

1949

- In der französischen Zone gab es 29 Lizenzzeitungen mit einer Auflage von fast 3 Mio Exemplaren.
- 19.1. Ordonnance No. 198: Dem Druck der Interessengruppen und stattgebend, wurde der aus 49 Mitgliedern bestehende Verwaltungsrat föderal, gemessen am Gebührenaufkommen der einzelnen Länder, zusammengesetzt. – Staatsferne auch beim SWF nur von kurzer Dauer
- 25.1. Radio München geht als Bayerischer Rundfunk in deutsche Verantwortung über.
- 28.1. Radio Frankfurt geht als Hessischer Rundfunk in deutsche Hände über.
- Feb. Vereinbarung der Nachrichtenagenturen in den westlichen Zonen, bei der Auslandsberichterstattung zusammenzuarbeiten.
- 24.2. Gründung der Vereinigten Wirtschaftsdienste (VWD) durch die Comtel Ltd., eine Tochtergesellschaft der Agentur Reuters, sowie durch die Zonenagenturen dpd und DENA. Nach dem Zusammenschluss der Agenturen zur dpa übernahm diese ein Drittel der Anteile, ein anderes Drittel übernahm der Deutsche Wirtschaftsdienst (DWD).
- 15.3. Das Gesetz für die Übergabe von Radio Bremen tritt in Kraft.
- 2.5. Generallizenz für die US-Zone

- Am Ende der Lizenzphase wurden in der amerikanischen Zone 56 Lizenzzeitungen an 45 Verlagsorten mit einer Gesamtauflage von 6,43 Mio Exemplaren herausgegeben.
- 12.5. Verabschiedung des Gesetzes über den Süddeutschen Rundfunk in deutschen Händen (Stuttgart)
_ vier öffentlich-rechtliche Anstalten in der amerikanischen Zone mit dem Recht auf Selbstverwaltung mit den Organen Rundfunkrat, Verwaltungsrat und Intendant; in den Programmaufträgen wurden jeweils Kernelemente des „Entwurfs zu einer Erklärung über Rundfunkfreiheit in Deutschland“ des ICD berücksichtigt. In den Rundfunkräten fanden allerdings auch die Parteien Berücksichtigung.
- 23.5. Gründung der BRD; Verkündung des Grundgesetzes
Artikel 5: Garantie der Presse-, Rundfunk- und Informationsfreiheit
- 1.6. Aufhebung des Lizenzzwanges für Württemberg-Baden (US-Zone)
- 2.6. _ Erscheinen der ersten lizenzfreien Zeitung: Leonberger Kreiszeitung
- 22.7. Freistellung vom Lizenzzwang für Hessen (US-Zone)
- 14.8. Wahl zum ersten Deutschen Bundestag
- 18.8. Endgültige Fusionierungsentscheidung der Nachrichtenagenturen der Westzonen: Die Deutsche Presse-Agentur (dpa) mit Sitz in Hamburg wurde als GmbH gegründet.
- 22.8. Ende des Lizenzzwanges in Bayern (US-Zone)
- Sept. Gründung des Gesamtverbandes der Deutschen Zeitungsverleger durch die Lizenzträger (Zentralorgan: Die Deutsche Zeitung) – direkte Konkurrenz zum Verein Deutscher Zeitungsverleger (VDZV), der aus den Altverlegern bestand
- 7.9. Konstitution von Bundestag und Bundesrat
- 9.9. Aufhebung des Lizenzzwanges für Bremen (US-Zone)
_ in der ganzen US-Zone Lizenzzeit vorbei
- 15.9. Wahl des ersten Bundeskanzlers
- 16.9. letzte Lizenzzeitung: Hamburger Morgenpost (britische Zone)
- 21.9. die Hohe Kommission ersetzt die drei westalliierten Militärgouverneure
- 21.9. Aufhebung der Lizenzpflicht
_ Altverleger können auf den Markt zurückkehren. (In der französischen Zone wurden aber Garantieverträge mit ihnen abgeschlossen, in denen das Erscheinen von Lizenzzeitungen mit einer Laufzeit bis zu acht Jahren festgelegt wurde.)
_ Expansionsphase (bis Mitte der 50er)
Es wurden meist Lokalzeitungen wiedergegründet, die nun gegen die 137 ehemaligen Lizenzblätter antreten mussten.
- 23.9. Gesetz Nr. 5 der Westalliierten Hohen Kommission: Anerkennung des Art. 5 im Grundgesetz der BRD und der damit gewährleisteten Freiheitsrechte
- 26.9. Ende der französischen Zonenpresse
- 7.10. Gründung der DDR; Verkündung ihrer Verfassung
Die Differenzierung der Blockparteien bedeutete auch die Differenzierung der Tagespresse. _ es entstanden 40 Parteizeitungen, wovon eine große Mehrheit auf die SED entfiel. Ihre Dominanz wurde noch durch die durch sie alleinig herausgegebenen Betriebs- und Kreiszeitungen verstärkt.
Rundfunk: Die zentralstaatliche Behörde „Regierungsamt für Information“ übernahm die Verwaltung. Das Ministerium für Post- und

Fernmeldewesen war für die gesamte Produktions- und Sendetechnik zuständig. _ völlige Zentralisierung

1950

Eigenes deutsches Tochterunternehmen der Associated Press; auch die United Press hat mehrere Büros für ihren Deutschlanddienst. Der International News Service beliefert nur wenige deutsche Kunden direkt, er gibt meist seine Nachrichten an die dpa.

Von den 11 Mio deutschen Zeitungslesern entfielen 9 Mio auf die Lizenzzeitungen

_ sie behaupten sich gegenüber den Blättern der Altverleger, wovon später viele der Pressekonzentration zum Opfer fielen.

- 20.8. Neufassung des dpa-Gesellschaftervertrages: die Anteile gehen in die Hände einzelner Anteilseigner über, die entweder Zeitungsverleger oder öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten sind.
Ihre finanziellen Schwierigkeiten und Konkurrenz Nachteile gegenüber den großen ausländischen Agenturen bekam die dpa dadurch in den Griff, dass sie mit der Bundesregierung Verträge über Nachrichtenbelieferung abschloss; diese Verträge waren aber rein kommerzieller Art.

1952

Die in der SBZ ordnungsgemäß eingerichteten Länder wurden in 14 Bezirke plus Berlin umgewandelt.

- 14.11. Errichtung der Katholischen Nachrichtenagentur (KNA) als GmbH in Köln

1953

12.9. Ende der amerikanischen Zonenpresse

17.9. Ende der britischen Zonenpresse mit dem Verkauf des Blattes Die Welt an den Axel Springer-Verlag

1954

15.6. Fusionierung der beiden konkurrierenden Verbände VDZV und Gesamtverband der Deutschen Zeitungsverleger zum Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger

Oktober Pariser Verträge = Ende des 1949 verhängten Besatzungsstatuts

1955

Die dpa, die schon zuvor ihren Basisdienst durch acht Landesdienste ausgeweitet hatte, bringt nun den Fernmelde-Nachrichten-Dienst (FND) über Telefon auf den Markt und weitet ab 1957 ihre Auslandsdienste erheblich aus (erst Europadienst 1957, dann Überseedienst im selben Jahr, ab 1961 spanische Meldungen für Lateinamerika und auch im selben Jahr französische Meldungen für Afrika), sodass sie 1968 über Kurzwellensender weltweit täglich 82 Stunden Nachrichten in fünf

Sprachen verbreitete.

Seit 1963 produzierte sie sogar Nachrichtensendungen fürs TV. Für Auslandsmeldungen schloss die dpa Austauschverträge mit mehreren nationalen Agenturen und weitete ihr eigenes internationales Korrespondentennetz aus.

31.6. **Ende der sowjetischen Zonenpresse**

1958

Mai Zusammenschluss der Nachrichtenagenturen UP und INS zur United Press International, was eine verstärkte Konkurrenz auf dem deutschen Nachrichtenmarkt bedeutete. Die dpa konnte ihre führende deutsche Marktposition dennoch behaupten.

1971

1.7. Gebührenanhebung für elektronische Nachrichtenübermittlung durch die Bundesregierung um den ausländischen Nachrichtenagenturen, v.a. den amerikanischen die Arbeit zu erschweren, da die Befürchtung gehegt wurde, sie würden von Deutschland ein verzerrtes Bild vermitteln.

Die dpa konnte sich auf dem Markt weiterhin seine Führungsposition ausbauen; ihr Renommee wurde lediglich durch ein paar wenige, jedoch spektakuläre Falschmeldungen getrübt.

3.7. Einstellung des deutschen Dienstes der UPI; Kündigung der Kooperation zwischen dpa und Reuters, stattdessen Austauschvertrag der dpa mit der UPI

1.12. Eigenständiger Deutschlanddienst der Agentur Reuter

1.12. Gründung des Deutschen Depeschen-Dienstes (ddp) durch bei der deutschen UPI entlassene Redakteure; die Gesellschaft war größtenteils auch im Besitz seiner Redakteure, was neu war. Es wurden Austauschverträge mit AFP, TASS, ADN und KYODO abgeschlossen. _ Ab diesem Datum gab es in Deutschland vier universelle Nachrichtenagenturen.

1979

Reuters baut seine Wirtschaftsdienste im Austausch mit den VWD aus.

Ab 1984

Die dpa baut ihre Dienste weiter aus: dpa-Selektion, dpa-Nachrichtenbank, Beteiligung an der Europäischen Pressephotoagentur (epa), Betreibung eines Wirtschaftsdienstes zusammen mit den VWD, stündliche Kurznachrichtepakete und Audio-Dienst für die (privaten) Hörfunkanbieter, Erwerb des Globus-Kartendienstes um Informationsgrafiken in größerem Umfang bieten zu können, Kündigung des Zulieferervertrages mit der UPI, stattdessen weiterer Ausbau des eigenen Korrespondentennetzes, seit 1993 Gestaltung des Wirtschaftsdienstes ohne die VWD, Anteile am privaten Satellitennetz (MECOM)

AP und Reuters konnten ihre Positionen auf dem deutschen Markt festigen; die AFP gründete 1986 eine eigene deutsche Tochtergesellschaft

Ab 1990

Vertriebsvereinbarung zwischen dpa und ADN zur gegenseitigen Vermarktung ihrer Dienste; seit 1991 eigene Landesdienste der dpa in den neuen Ländern mit dortiger Tochtergesellschaft und extra Büros, 1992 Übernahme des Bilderdienstes der ADN durch die dpa; Die ADN wurde 1992 von Bolko Hoffmann aufgekauft und mit dem ddp vereinigt, aber diese Unternehmung scheiterte; ddp/ADN wurde von Wolf Schneider, dem ehemaligen Geschäftsführer von Reuters Deutschland übernommen und unter dem Namen ADN weitergeführt. Mitte der 90er hatten die 4 großen deutschen Agenturen (dpa, AP, Reuters, AFP) insgesamt 530 Kunden.

Ab 1996

Die dpa hat 868 Beschäftigte und besetzt und den Nachrichtenagenturen der Welt den vierten Rang. Der Sport-Informationen-Dienst konnte sich behaupten und gehört in mehrheitlichen Anteilen seit 1997 zur AFP. Die VWD wurden von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, der Verlagsgruppe Handelsblatt und dem amerikanischen Medienkonzern Dow Jones zu je einem Drittel übernommen. Weiterhin behaupten konnten sich der Katholische Nachrichtendienst und der Evangelische Pressedienst. Außerdem kam neu auf den Markt Spezialagenturen für Nachrichtenfilme: Reuters gehört seit Herbst 1992 alleine die sog. Visnews, 1994 ging die AP dazu über TV-Nachrichtenfilme anzubieten. Die UP war in der United Press Movietone aufgegangen, aus der in mehreren Schritten die World Television News Corporation wurde.

➤ Strukturwandel des Mediensystems

Entwicklung der Tagespresse

Aufhebung des Lizenzzwanges + Gesetz Nr. 5 der Hohen Kommission: s.o.!

Verschiedene in der Lizenzzeit entstandene Angebotsstrukturen, gegen die die Neu- und Wiedergründungen antreten mussten:

- US-Zone: meist nur eine Lizenzzeitung pro Verbreitungsgebiet, das allerdings so klein war, dass die Zeitung keine Mühen hatte sich mit den nötigen lokalen Informationen zu versorgen.
- Britische Zone: Es bestand ein Nebeneinander mehrerer parteinaher Zeitungen in einem sehr großen Verbreitungsgebiet, so dass sie einzelnen

Ausgaben nicht mit allen Lokalinformationen tagesaktuell versorgt werden konnten.

Wettbewerbsnachteile der Neu- und Wiedergründungen!

Viele Spannungen zwischen Alt- und Lizenzverlegern _ es kam in der ersten Zeit nur selten zu problemlösenden Kooperationen:

- Enge Partnerschaft mit Altverlegern oder Umwandlung der Lizenzzeitungen in früher schon erschienen Titel (Württemberg-Baden, Rheinland-Pfalz, Württemberg-Hohenzollern)
- Aufteilung von für große Verbreitungsgebiete verantwortlichen Lizenzzeitungen in mehrere Altverleger-Zeitungen (Nordrhein-Westfalen)
- Abtrennung von Teilen des Verbreitungsgebietes einer Lizenzzeitung und Übergabe an eine Altverleger-Zeitung (Bremen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen)

_ gegen Ende 1949 noch 123 ehemalige Lizenzblätter

Problem der Altverleger-Zeitungen, v.a. beim Aufbau einer politischen Ressorts, das den gehobenen Ansprüchen und der Konkurrenz gewachsen ist.

Mögliche Lösungen:

- Gemeinschaftsredaktionen (Weitergabe des Mantels der Kernzeitung an ihre kleineren Partner)
- Redaktionsgemeinschaften (Zusammenschluss mehrerer neu gegründeter Zeitungen und Zusammenarbeit der Redaktionen um den überregionalen Teil bewerkstelligen zu können.) aber: wirtschaftliche Schwäche der Kooperierenden!

Viele der neuen Zeitungen versäumten es, sich durch Anzeigenverbunde aus der finanziell schwierigen Lage zu helfen.

Anfang 1950: Rückkehr der Altverleger beendet; seitdem Titel-Rückgang und kaum noch Markteintrittschancen für Abonnementzeitungen im lokalen und regionalen Bereich (seit 1954 nur 4 echte Neugründungen)

15.8.1951: Gehaltvertrag für Redakteure an Tageszeitungen

1951: Kreditprogramm für Zeitungen aus GARIOA-Mitteln (Marshall-Plan/ERP-Programm): 15 Mio DM

56 Zeitungen/Verlage, z.T. aus der Lizenzzeit konnten Lücken in der technischen Ausstattung schließen und Zwangspachtverträge aus der Nachkriegszeit auflösen bzw. gepachtete Betriebe erwerben.

15.7.1954: Zusammenschluss des Vereins Deutscher Zeitungsverleger (VDZV) – Altverleger – und des Gesamtverbandes der Deutschen Zeitungsverleger – Herausgeber der Ex-Lizenzzeitungen – zum Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV)

15.6.1955: Auflösung des Lizenzzwanges in Berlin (West)

1989 Fall der Mauer – Zeitungsmarkt in Westberlin zu diesem Zeitpunkt:

drei Abonnementzeitungen (Berliner Morgenpost, Der Tagesspiegel, die tageszeitung), eine Stadtteilzeitung (Spandauer Volkblatt), ein Parteiblatt (Die Wahrheit/Neue Zeitung), eine Kaufzeitung (B.Z.)

Zeitungsmarkt im Saarland (nicht mehr Besatzungszone, aber wirtschaftlich zu Frankreich gehörend): parteiunabhängige Saarbrücker Zeitung + Parteizeitungen der Christlichen Volkspartei, der Sozialistischen Partei Saar und der Kommunistischen Partei Saar; sie engagierten sich für die Unabhängigkeit des Landes und den wirtschaftlichen Anschluss an Frankreich.

23.7.1955: Aufhebung des Lizenzzwanges

_ 3 neue Zeitungen, die Interessen von CDU, SPD und DPS vertretend

23.10.1955: Volksbefragung

_ Saarland seit 1.6.1957 politisch und seit 6.7.1959 auch wirtschaftlich voll in BRD integriert.

Seit 1972 nur noch ein Blatt: Saarbrücker Zeitung (Holtzbrinck-Gruppe als Mehrheitsgesellschafter)

Erste Stichtagssammlung der deutschen Tagespresse 1954

- o 1500 Ausgaben
- o davon durchschnittlich 6,9 mit identischem Mantel
- o 624 Verlage
- o 225 Vollredaktionen
- o Auflage von 13,4 Mio Exemplaren im 4. Quartal (großes Ungleichgewicht zw. großen und kleinen Unternehmen)
- _ In den fünf Jahren seit Ende des Lizenzzwanges hat sich die Zahl der Verlage verfünffacht, die Zahl der publizistischen Einheiten allerdings nur verdoppelt.

Verschwinden vieler kleiner Blätter und fast aller Parteizeitungen, aber die Konzentration hatte noch keine große Aufmerksamkeit erregt.

Die vielen Einstellungen sahen die Verleger in der intermediären Konkurrenz mit dem TV begründet. Als schlimmste publizistische Folge galt die Abnahme publizistischer Vielfalt. Außerdem fördert der Wegfall von Konkurrenz nicht gerade die tagesaktuellen Bemühungen der Redakteure. Vorteile des Konzentrationsprozesses liegen darin, dass durch den Wegfall der kleineren und kleinsten Zeitungen, die ja die finanziell schwächsten waren, gleichzeitig auch die publizistisch schwächsten weggefallen sind (also Qualitätsgewinn am Endprodukt) und dass durch die gesicherte Zukunft der verbliebenen Blätter die Arbeitsbedingungen der Journalisten und damit ihre Leistung verbessert wurde.

Oktober 1964: Kommission zur Untersuchung der Wettbewerbsgleichheit von Presse, Funk/Fernsehen und Film = Michel-Kommission

Hauptergebnisse des Berichts vom 27.9.1967:

- o Wirtschaftliche Probleme der Presse nicht mit der Entwicklung des Fernsehens zu erklären
- o Verlegerfernsehen verfassungsrechtlich nicht zulässig
- o Die finanziellen Probleme kommen vielmehr von der intramedialen Konkurrenz.

Mai 1967: Kommission zur Untersuchung der Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz von Presseunternehmen und den Folgen der Konzentration für die Meinungsfreiheit in der Bundesrepublik Deutschland = Günther-Kommission

Empfehlungen vom Mai 1968:

Begrenzung der Marktanteile von Presseunternehmen zur Konzentrationskontrolle

Von der Bundesregierung eher abgelehnt

Gesetz über Gewährung einer einmaligen Umsatzsteuervergütung

Der Wunsch der Verleger, die Vertriebs Erlöse komplett von der Umsatzsteuer zu befreien, wurde aber nicht erfüllt.

Mehrwertsteuer seit dem 1.1.1968:

Für Presse (Vertriebs Erlöse) nur 7% anstatt der üblichen 16%

Förderung der Presse im Postzeitungsdienst:

Für Zeitungen und Zeitschriften Vorzugstarife

Seit der Umwandlung zur Deutschen Post AG in den 90ern zwar auf alle Periodika ausgedehnt, aber weitgehend abgebaut

1968 Aufnahme des ERP-Presseprogramms (Empfehlung der Günther-Kommission)
Zinsvergünstigte Darlehen um vor allem kleine Zeitungen zu motivieren, in ihre Wirtschaftlichkeit zu investieren.

6.6.1989: Postzeitungsdienst-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts

Strenge Auflagen für die Presseförderung, die v.a. das Verbot der inhaltlichen Einflussnahmen von außen und das Abwehrrecht der Presse gegen solche betont.

Zur Transparenz der Medien geben die jeweiligen Bundesregierungen „Berichte über die Lage der Medien in Deutschland“ heraus.

Nach der Schließung der Neuen Württembergischen Zeitung, Übernahmen durch die Stuttgarter Zeitung und Einverleibungen durch die Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ) 1974 wurde heftig über die Wettbewerbsnachteile kleiner Zeitungen diskutiert, was zu zwei Vorbild-Modellen führte:

- Stuttgarter Modell = Anzeigenzwangskombination:
Anzeigen werden nur noch für die Konkurrenten zusammen aufgenommen.
- WAZ-Modell:
Wirtschaftliche Aufgaben werden in Verlagsgruppen für alle herausgegebenen Titel zusammen erledigt.

1.4.1975: Gesetz über eine Pressestatistik

zur Markttransparenz um den Bedarf von Blättern an finanzieller Hilfe aufdecken zu können.

17.12.1997

Aufhebung des Pressestatistikgesetzes

28.6.1976: 3. Kartellgesetznovelle (Ergänzung des seit 1957 bestehenden allgemeinen Kartellrechts):

Die allgemeine Fusionskontrolle bei Unternehmen beginnt bei 500 Mio DM Gesamtumsatz, im Pressebereich schon bei 25 Mio DM.

Die „latente Pressekonzentration“ ging aber auch nach 1976 weiter.

Überlebenswichtige Position für eine Zeitung: auf dem eigenen Markt den höchsten Auflagen- bzw. Umsatzanteil zu erzielen; seit 1978 für die meisten Zeitungen erfüllt. Führungspositionen auf dem Zeitungsmarkt sind sehr stabil (weil sich Auflagen-Anzeigen-Spirale für den Marktführer positiv und für den zweiten negativ bewegt.)

Langfristiges Verhalten von Verlagen:

Schließungen von Ausgaben in nachrangiger Wettbewerbsposition am Rand des Verbreitungsgebietes sind viel häufiger als Ausweitungen des Verbreitungsgebietes durch Neugründungen außerhalb.

Bis zum werktäglichen Erscheinen der Tageszeitungen dauerte es noch Jahre. Die Informationslücke am Sonntag wird seit dem 1.8.1948 von der Welt am Sonntag und seit dem 29.4.1956 durch Bild am Sonntag geschlossen (Kölnische Rundschau bis Ende der 60er), davor also sog. Wochentagspresse.

Ab 20.5.1979: Verbund um Stuttgarter Zeitung bringt zusammen mit allen 36 angeschlossenen Verlagen identische „Sonntag aktuell“ für alle Ausgaben heraus. War sehr erfolgreich _ Vorbildcharakter für die Verdichtung der Erscheinungshäufigkeit: 1997 waren 10% aller Abonnenten auch mit Sonntagsausgaben ihrer Zeitung versorgt.

1985 kurze Umkehrung der Pressekonzentration, da durch den Übergang zum Lichtsatz und zum Offsetdruck seit der Ende der 70er v.a. kleinere Zeitungen beschlossen, ihren Mantel ab jetzt selbst herzustellen. Damit auch Verkleinerung der Verbreitungsgebiete, Anstieg der Zahl der Ausgaben mit Konzentration auf den so wichtigen Lokalteil. Auch Wiederbelebung des Typs der Stadtteilzeitung.

Auch veränderte Anforderungen an die Journalisten

Konzept eines neuen Zeitungstyps: „Bild“ als „10 Pfg.-Bildzeitung“ seit 24.6.1952 auf dem Markt.

Sie ist eine Symbiose aus überregionaler, regionaler und lokaler Zeitung. Es gab sonst keine überregionalen Straßenverkaufszeitungen.

Der Erfolg der anderen Kaufzeitungen lässt eher zu wünschen übrig: Von insgesamt 19 auf den Markt gebrachten existieren heute noch 6, darunter die Bild, die Abendzeitung und die Hamburger Morgenpost.

Viele regionale Zeitungen strebten nach der Gründung der BRD danach, auch ihren Teil zum bundesweiten Diskurs beizutragen. Aus einer solchen Situation entstand z.B. die Frankfurter Allgemeine Zeitung für Deutschland, inzwischen die bedeutendste überregionale Zeitung. Ihre Dominanz bringt die schwierigen Marktbedingungen für Nacheiferer hervor.

Viele Versuche überregionaler Tageszeitungen scheiterten über die Jahre.

Die tageszeitung versucht den schwierigen Markt der überregionalen Zeitungen damit zu kompensieren, dass sie eigene Ausgaben mit Lokalberichterstattung für Berlin, Hamburg und Bremen herausbringt. Ähnlich handhaben es auch Die Welt und die FAZ.

Als Gegenstück gibt es noch lokale und regionale Zeitungen, die überregionale Geltung für sich beanspruchen und deshalb die stückkostenintensivere bundesweite Vertriebsorganisation in Kauf nehmen (Süddeutsche Zeitung, Stuttgarter Zeitung, Frankfurter Rundschau, Der Tagesspiegel).

Nach der Öffnung der Grenze zur DDR und der Aufhebung des dortigen Lizenzzwanges am 5.2.1990, wurde der neue Zeitungsmarkt durch eine Titelvielfalt bestimmt: Westdeutsche Verlage gründeten Zeitungen oder übernahmen oft die ehemaligen DDR-Zeitungen und neue Verlage wurden gegründet. Auch Straßenverkaufszeitungen wurden angeboten.

Neugründungen hatten allerdings schlechte Chancen wegen der Weiterführung der bereits etablierten (SED-Bezirks-)Zeitungen, die ihren Marktanteil noch ausbauen konnten. Von 103 Neugründungen gibt es heute noch 8, von denen 6 in Kooperation mit Großverlagen arbeiten.

_ Die Grundstruktur der ehemaligen DDR-Presse in Form der großen marktbeherrschenden Regionalzeitungen hat sich noch vertieft.

Die Tageszeitungen streben Alleinanbieter- oder Marktführerpositionen an, da nur so der Anzeigenerlös gesichert werden kann. 1998 waren somit unter den 10 umsatzstärksten Verlags- und Mediengruppen 6, die sich überwiegend auf dem Zeitungsmarkt beschäftigen.

Die Beliebtheit der Kaufzeitungen ist stark zurückgegangen und damit auch ihre Auflagen.

Im Osten gibt es seit 1990 Auflagenverluste bei den Abonnementzeitungen.

Im alten Bundesgebiet waren die Auflagen zwischen 1950 und 1991 ständig gestiegen, dann zwischen 1991 und 1998 bei den westdeutschen Abonnementzeitungen zurückgegangen.

_ attraktivere Gestaltung des äußeren Erscheinungsbildes

_ Befürchtung der Boulevardvisierung und damit eines Kundenverlustes.

Zeitungsstatistik von 1997:

- 371 Verlage
- 24,6 Mio Exemplare Gesamtauflage
- 1582 Ausgaben
- 135 Vollredaktionen

Zeitschriften verfügen über die gleichen vier Merkmale wie die Zeitungen, wobei sie bei ersteren eher schwach ausgeprägt sind.

Eine durchgehende Definition für Zeitschriften gibt es nicht, lediglich Zeitbereichsdefinitionen.

Man kann treffend formulieren, wenn man von der Zeitungs- und der Zeitschriftenausstattung periodischer Printmedien spricht.

Untersuchungen zum Umfang des Zeitschriftenwesens:

- Arbeitsgruppe um Walter Hagemann 1956:
Durch eine Kombination von Stichtagssammlung und Umfrage fanden sie 6000 Zeitschriften, von denen aber nur 5250 ermittelt werden konnten.

- Handbuch „Die Deutsche Presse“: für 1953/54 5100 Titel, für 1955/56 5600 Titel, für 1960/61 6500 Titel
- Leitfaden für Presse und Werbung: Mitte 50er 5500 Titel, Anfang 60er 8100 Titel
- Renate Uenk: Mitte 70er 10 000 Titel

Typologien

- nach Walter Hagemann:
Fachpresse, Standes- und Verbandspresse, Freizeitzeitschriften
- nach Andreas Vogel:
die beiden wichtigsten Typen sind die Populärpresse und die Fachpresse.

Populärpresse:

- Größte Auflagen in den Bereichen Rundfunkprogramm, Illustrierte, Frauen, Politik
- Größte Verlage für Publikumszeitschriften: Gruner+Jahr, Burda, Bauer, Springer; ihr Gesamtanteil an der Auflage der Publikumszeitschriften lag 1998 bei 60,83%.

Fachzeitschriften:

Großer Auflagenrückgang, durch die Möglichkeit in Bibliotheken günstige Kopien einzelner Artikel anzufertigen.

Anzeigen- und Offertenblätter:

Anzeigenblatt: kostenlose Verbreitung

Offertenblatt: kostenlose Anzeigen

Sie sind zunächst unabhängig von Verlagen entstanden, mittlerweile aber meist eingegliedert worden. Die Verlage können damit ihr Anzeigendefizit bei den Tageszeitungen z.T. ausgleichen. Zu großer Konkurrenz kommt es, wenn Tageszeitung und Anzeigenblatt in unterschiedlichen Händen sind.

Mitgliederzeitschriften:

z.B. von Vereinen, Verbänden, Kirchen, Parteien, Gewerkschaften...

zusammen mit Mitgliederschwund auch Kundenschwund bei den Zeitschriften; besser geht es den Mitgliederzeitschriften, deren Preis in der Mitgliedschaft enthalten ist und die so automatisch geliefert werden.

Politisch-literarische Zeitschriften:

Nur noch sehr wenige vorhanden; wenn dann von großen Verlagen mitfinanziert oder komplett von Organisationen bezahlt.

Die Vielfalt auf dem Zeitschriftenmarkt ist in vielen Punkten zu erkennen:

- Solche mit hohen Auflagen neben solchen mit sehr kleinen
- Bezahlung der Chefredakteure sehr verschieden hoch
- Ausbildung der Journalisten sehr unterschiedlich

Gewerkschaften für Zeitschriften:

Deutscher Journalistenverband (DJV), Deutsche Journalistenunion (dju)

Verlage gehören meist dem VDZ an.

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk + Initiativen und Durchsetzung privatkommerziellen Rundfunks

Organisationsprinzip beim Rundfunk:

- Intendant an der Spitze; den Aufsichtsgremien Rundfunkrat und Verwaltungsrat verantwortlich; Aufgabe: Programmgestaltung
- Rundfunkrat: Vertreter der gesellschaftlich relevanten Gruppen vertreten die Interessen der Allgemeinheit; Aufgaben: Wahl des Intendanten, Beratung in grundsätzlichen Programmfragen, Genehmigung des Haushalts der Rundfunkanstalt, Überwachung der Unabhängigkeit der Rundfunkanstalt
- Verwaltungsrat: Mitglieder vom Rundfunkrat bestimmt; Aufgabe: laufende Kontrolle der Geschäftsführung durch den Intendanten

September 1949: alliiertes Gesetz über Presse, Radio, Informationsdienste und Unterhaltung: Freiheit der deutschen Presse; Maßnahmen die diese gefährden könnten, können für ungültig erklärt werden; Errichtung neuer Rundfunk-, Fernseh- oder Drahtfunksender erst durch die Alliierten zu genehmigen.

Organisationsform des Rundfunks als öffentlich-rechtliche Anstalten nicht in der Verfassung festgelegt.

Gründung der „Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland“ (ARD); von Vertretern des BR, des HR, des NWDR, des RB, des SDR und des SWF zur Vertretung gemeinsamer Interessen und der Bearbeitung gemeinsamer Fragen unterzeichnet.

Die Regierung unter Konrad Adenauer versuchte immer wieder, das bisherige Monopol der öffentlich-rechtlichen zu stürzen, jedoch ohne Erfolg. Ebenfalls an privat-kommerziellem Rundfunk massiv interessiert waren Zeitungsverleger und der Markenverband bzw. weite Teile der Industrie, die auch Verhandlungen, ein gemeinsames Vorgehen betreffend führten – auch in Zusammenarbeit mit der Regierung – jedoch ohne Ergebnisse.

25.12.1952: Start des NWDR mit dem ersten TV-Programm

27.3.1953: Fernsehvertrag der Rundfunkanstalten
nur alle zusammen unter dem Dach der ARD möglich, dieses neue Medium zu finanzieren und zu produzieren

5.11.1953: Sender Freies Berlin (SFB)

1.11.1954: Gemeinschaftsprogramm „Deutsches Fernsehen“
je nach Größe der Rundfunkanstalten steuerten sie Anteile zum Gemeinschaftsprogramm bei.

12.5.1954: Errichtung des „Westdeutschen Rundfunks“ durch Nordrhein-Westfalen (Rundfunkrat vom Landtag nach Verhältniswahlrecht gewählt
_ Parlamentarisierung!!!)

16.2.1955: Staatsvertrag über den Norddeutschen Rundfunk (NDR) für die Länder Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein; Parteiproporz und Proporz der Länder ausgeliefert!!!

Weitere Gemeinschaftseinrichtung der ARD unter Federführung des NWDR:
Programm für das Ausland über Kurzwelle

August 1956: Gründung der „Studiengesellschaft für Funk- und Fernsehwerbung e.V.“ durch wirtschaftliche und verlegerische Interessengruppen.

Ihre Interessen waren zu dieser Zeit gleich mit denen der Bundesregierung, die um ihre Unionsmehrheit in der bevorstehenden Bundestagswahl 1997 fürchtete, genau wie auch der Postminister, der aus diesem Grund die Vergabe weiterer TV-Frequenzen an öffentlich-rechtliche hinauszogerte. Er verhandelte indessen mit der „Studiengesellschaft um die Lizenzierung eines zweiten Fernsehprogrammes. Dieses zentrale Fernsehprogramm hatte ausschließlich betriebswirtschaftliche Prioritäten und sollte nur in Ballungsräumen ausgestrahlt werden.

Eine Allensbacher Auftragsstudie bestätigte das Interesse der Bevölkerung an einem zweiten TV-Programm.

Nach dem Sieg in den Bundestagswahlen wollte Adenauer die Streitigkeiten mit einem Kompromiss beenden: Er wäre mit einer rein öffentlich-rechtlichen Lösung auf der Basis eines Bund-Länder-Staatsvertrages einverstanden und würde dafür auf einen kommerziellen Fernsehveranstalter („Freies Fernsehen GmbH“) verzichten.
_ Kieler Beschlüsse Juni1959

1.1.1957: Entstehung des Bundeslandes Saarland
Rundfunkanstalt: Saarländischer Rundfunk (SR)

1.5.1958: Aufnahme der Sendung des „Wiedervereinigungssenders“ durch den NDR im Auftrag der ARD, der über Langwelle auch im sowjetischen Gebiet zu empfangen war (davor ab 1953 schon eine Übergangslösung – parteipolitische Streitigkeiten...)

Aufnahme der Anstalten in den ARD:

- SFB 1954
- NDR + WDR 1956
- SR 1959

Mitte Juni1959: Kieler Beschlüsse

Die Ministerpräsidenten waren nicht bereit der Veranstaltung eines zweiten Fernsehprogramms durch andere als die vorhandenen Anstalten zuzustimmen.

7.7.1959: Berg-Brief

Der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie, Fritz Berg, richtet ein Schreiben an den Kanzler, indem er seine Interessenidentität mit der Regierung beteuert und einen Regierungsauftrag über ein kommerzielles TV-Programm forciert.

Anfang Dezember 1959:

Das Bundeskabinett erteilt der Freies Fernsehen GmbH (FFG) den Auftrag zur Herstellung eines zweiten Fernsehprogramms und sagt ihr die finanzielle Sicherung durch den Bund zu.

Diese Aktionen wurden vor der Öffentlichkeit und vor den Unions-Ministerpräsidenten geheimgehalten.

Die FFG sollte aus 250 Gesellschaftern aus den Bereichen Presse, Industrie, Handel, Landwirtschaft und soziales und kulturelles Leben bestehen; allerdings kam es nie zur Zeichnung der Gesellschaftsanteile.

Einigungsbemühungen zwischen Bund und Ländern im ersten Halbjahr 1960 ohne Erfolg.

_ Der Kanzler und der Bundesinnenminister teilen am 8.7.1960 den Unions-Ministerpräsidenten die Gründung einer „Deutschland-Fernsehen GmbH“ durch den Bund mit, der die Länder beitreten könnten.

Zunächst waren die Unions-Ministerpräsidenten positiv gestimmt.

Auch die SPD-Ministerpräsidenten wären einverstanden gewesen, wenn allen Ländern dritte Fernsehprogramme zugesichert würden.

Da der Kanzler auf diesen Wunsch aber nicht einging, gingen die Ministerpräsidenten wieder dazu über, den Föderalismus des Rundfunks zu verteidigen.

_ Der Kanzler blieb einziger Gesellschafter der Deutschland-Fernsehen GmbH (Unterzeichnung am 25.7.1960)

_ „Adenauer-Fernsehen“

Das persönliche Engagement des Kanzlers bei der FFG und der Deutschland-Fernsehen GmbH wurde öffentlich immer geleugnet.

27.6.1960: Gründung der „Fernsehgesellschaft Berliner Tageszeitungen mbH“ (FBT) durch die Zeitungverleger und der Führung von Axel Springer

Sie forderte ein zeitungsgerechtes Fernsehprogramm, das zum Kampf der Berliner Bevölkerung um ein freiheitliches, demokratisches Leben beitragen sollte.

Damit wurde ebenfalls versucht privat-kommerzielles Fernsehen zu gründen, und zwar unter Ausnutzung der besonderen Situation Berlins.

Dem Kanzler und seinen Ministern gefiel die Idee sehr gut.

Zur FFG war die FBT eher ein Konkurrent, war das Verhältnis der beiden völlig ungeklärt war.

_ 18.11.1960: Vertragsabschluss – Sechs-Punkte-Vereinbarung

Die FBT sollte Programmteile für das Gesamtprogramm der FFG produzieren, in denen v.a. Berliner und sowjetzonale Fragen und Angelegenheiten behandelt werden sollten. Die FBT sollte des weiteren ein Berliner Regionalprogramm produzieren. Die redaktionelle Verantwortung lag bei der FFG; sie musste außerdem jährlich 4 Mio DM an die FBT abtreten.

17.12.1960: einstweilige Anordnung des Bundesverfassungsgerichts gegen jeglichen Sendebeginn eines zweiten TV-Programms zum 1.1.1961

Öffentliche Forderung nach einem 2. Fernsehprogramm

_ Aufbau eines zweiten Sendernetzes durch die Bundesregierung, aber Weigerung dieses den bestehenden Anstalten zu übergeben.

Ein von der Bundesregierung vorgelegter Gesetzesentwurf, der die Gründung dreier öffentlich-rechtlicher Anstalten (eine für ein 2. Fernsehprogramm eine für Sendungen

über Kurzwelle und eine für solche über Langwelle) vorsah, scheiterte am Widerstand des Bundesrates und der Ablehnung durch die Ländervertretung. Dennoch Einbringung in den Bundestag; Beschluss: Genehmigung von Deutscher Welle (DW) und Deutschlandfunk (DLF) als Bundesrundfunkanstalten, aber nicht des Deutschland-Fernsehens. _ „Gesetz über die Errichtung von Rundfunkanstalten des Bundesrechts“ am 17.12.1960 _ DW + DLF

Organisation: Intendant, Rundfunkrat und Verwaltungsrat mit Bundespolitikern als Mitglieder

Programmauftrag:

Die DW solle über Kurzwelle im Ausland das deutsche Leben und deutsche Ansichten darstellen.

Der DLF sollte in Deutschland und im europäischen Ausland ein umfassendes Bild von Deutschland vermitteln.

DW und DLF keine Regierungssender; der unabhängigen Meinungsbildung verpflichtet!

1962 beide in ARD aufgenommen.

28.2.1961: (erstes) Rundfunk- bzw. Fernseh-Urteil des Bundesverfassungsgerichts _ Deutschland-Fernsehen GmbH verfassungswidrig (Verstöße gegen Artikel 30, VIII. Abschnitt des Grundgesetzes, den Grundsatz bundesfreundlichen Verhaltens und gegen Artikel 5 GG): Sie sei in der Hand des Staates und ein Instrument des Bundes und die institutionelle Freiheit sei nicht garantiert.

_ Die Rundfunktechnik liegt in der Gesetzgebungskompetenz des Bundes, die inhaltlich-programmliche Gestaltung in der der Länder (als Träger der Kulturhoheit)

_ Die Programme müssen so gestaltet sein, dass alle gesellschaftlich relevanten Gruppen zu Wort kommen und dass ein Mindestmaß an inhaltlicher Ausgewogenheit, Sachlichkeit und gegenseitiger Achtung gewährleistet ist. Daher müssen diese Grundsätze durch Gesetze festgemacht werden.

_ Private Rundfunkveranstalter sind generell erlaubt, vorausgesetzt, sie lassen auch alle gesellschaftlich relevanten Gruppen zu Wort kommen und gefährden nicht die Freiheit der Berichterstattung.

= Sieg der SPD-regierten Länder

Ende März 1961: Mitteilung an die FBT, dass sie nicht mit weiteren Zahlungen der FFG rechnen könne.

6.6.1961: Staatsvertrag über die Errichtung der Anstalt des öffentlichen Rechts „Zweites Deutsches Fernsehen“ (ZDF) durch die Ministerpräsidenten der Länder (Dies war indirekt ein Resultat aus der vorherigen Politik Adenauers!!!)

Programmauftrag: objektiver Überblick über das Weltgeschehen, umfassendes Bild der Wirklichkeit, Wiedervereinigung Deutschlands und Verständigung unter den Völkern als Ziel

Organisation: Intendant und zwei Gremien – Fernsehrat (Vertreter der Allgemeinheit) und Verwaltungsrat (Überwachung der Geschäftsführung)

Verpflichtung des Intendanten, zusammen mit den ARD-Intendanten dafür zu sorgen, dass die Zuschauer in der BRD zwei inhaltlich unterschiedliche Programme zu sehen bekommen.

Finanzierung: 30%iger Anteil an der Fernsehgebühr + Werbeeinnahmen

8.11.1962: Zusatzvereinbarung der Regierungschefs der Länder (freiwillige Selbstbeschränkung!)

Sendezeit für Werbung an Werktagen auf maximal 20 Minuten vor 20 Uhr beschränkt, Verbot der Feiertags-Werbung, Verzicht auf regionale Werbung. (TV-Werbung seit 1956 im ARD)

9.7.1962: ZDF-Staatsvertrag tritt in Kraft.

1.4.1963: Beginn des ZDF-Programms

Das ZDF lehnte es ab, als 13. Mitglied in die ARD aufgenommen zu werden.

Angriffe gegen TV-Werbung, v.a. durch Axel Springer:

- Ende Juni 1961: Forderung, Zeitungsverlage am Fernsehen zu beteiligen
 - 1964: Angebot der Zeitungsverleger, das finanziell angeschlagene ZDF samt Schulden zu übernehmen.
 - Behauptung: TV-Werbung bedroht Anzeigenaufkommen der Zeitungsverlage und damit die Existenz der Presse.
 - Antrag der CDU/CSU-Fraktion, das Bundesparlament (gar nicht zuständig!) solle TV-Werbung verbieten.
- _ Michel- und Günther-Kommission bringen Vorwürfe der Zeitungsverleger zum Verstummen (siehe S.13 bei der Entwicklung der Presse!).

Finanzieller Engpass des Rundfunks bahnte sich an, da Preise anstiegen und das Programmangebot immer größer wurde, der Anstieg der Teilnehmerzahlen aber nicht auf Dauer zu erwarten war. _ Forderung der Rundfunkanstalten nach höheren Gebühren.

(Als das ZDF in Finanznöte gerät, bieten die Zeitungsverleger an, die Herstellung des ZDF-Programms durch eine „Presse-Fernsehen AG“ zu übernehmen.)

Die Zeitungsverleger erkannten, dass ihr Versuch über legislative Maßnahmen des Bundes zu gehen zwecklos war und setzten daher in Zukunft auf den Weg über die Landesebene und die dort vorhandenen Rundfunkgesetze.

7.6.1967: CDU, SPD und FDP erweitern das saarländische Rundfunkgesetz um die Möglichkeit einer Konzession für privat-kommerziellen Rundfunk.

Sie planten unter Beteiligung einer Verlegergruppe eine private Fernsehgesellschaft zu gründen, was allerdings nicht realisiert werden konnte.

Fünf Mitglieder des BDZV gründeten die „Presse-Rundfunk-Aktiengesellschaft Saarbrücken“ zur Veranstaltung von Rundfunk und beantragten eine Sendekonzession.

_ 2.7.1969: Daraus wurde die „Freie Rundfunk Aktiengesellschaft in Gründung“ (FRAG). Sie war eine von fünf Bewerbern um eine private Sendekonzession.

_ März 1968: Die Länder bekamen vom Bundesverwaltungsgericht das Recht zugesprochen über die Rundfunkgebühren zu entscheiden. Früher Post als Empfänger der Gebühr, jetzt Rundfunkanstalten.

31.10.1968: Staatsvertrag über die Regelung des Rundfunkgebührenwesens: Rundfunkteilnehmer bezahlen die Gebühren für den für die Allgemeinheit bestimmten Rundfunk.

Gebühr: Grundgebühr (= Hörfunkgebühr) +Fernsehgebühr

Langer Streit um die Erhöhung der Gebühren

Ab 1967 Farbfernsehen _ Farbzuschlag? – Vorschlag der ARD

1969: Wechsel von der Großen Koalition zur sozialliberalen Regierung

1.1.1970: Erhöhung der Rundfunkgebühren:

für Hörfunk + 0,50 DM, für TV + 1 DM

Voraussetzung: Finanzausgleich zwischen ärmeren und reicheren Anstalten in

Zukunft besser + zumindest z.T. Mitfinanzierung des DLF

(Finanzausgleich gab es seit 1947 – NWDR an RB - , seit 1959 war er gesetzlich geregelt, ab 1970 Festlegung der zu verteilenden Summe im Zusammenhang mit der Gebührenerhöhung)

27.7.1971: Mehrwertsteuerurteil = Zweites Rundfunkurteil des Bundesverfassungsgerichts

Aufhebung einer Bestimmung von 1967, nach die Rundfunkanstalten ihre Einnahmen mit 5,5% belasten mussten.

1.7.1973: Ergänzung der Verfassung durch Artikel 111a: Rundfunk wird in öffentlicher Verantwortung und in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft betrieben.

Neue Übertragungswege für Hörfunk- und Fernsehsignale

2.11.1973: Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems (KtK)

Technologische und technische Fragen standen im Vordergrund.

Vorschlag der Erprobung in Pilotprojekten mit unterschiedlichen

Versuchsanordnungen _ Streitigkeiten, ob private Anbieter an allen 4 Projekten beteiligt und Diskussion um Finanzierung (seit 1.7.1973 „Kabelgroschen“)

Parteilichter Streit um öffentlich-rechtlichen Rundfunk:

Widerstand der Bundesregierung gegen die Pilotprojekte, da sie die die Stellung der Bundespost als alleinigen Netzbetreiber verteidigen wollten. (Innovationen in ihrem Bereich stand sie positiv gegenüber, wollte aber die Einführung privat-kommerziellen Rundfunks vermeiden.)

_ Entfaltung eines Bund-Länder-Streites um den Rundfunkbegriff und seine

Erweiterung: Ist der durch das Telefonnetz übertragene Bildschirmtext (Btx)

Rundfunk oder nicht?

Das Kabinett ließ parallel die Einführung von Breitband-Kabelnetzen in elf westdeutschen Großstädten stoppen und jegliche diesbezügliche Verhandlungen scheitern (Argumente wie Reizüberflutung und zu hohe Kosten für die Nutzer).

Die CDU und CSU (Opposition) machten sich indessen für das Aufbrechen des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems stark.

= Kampf um Macht über die Medien und um die bessere Darstellung der eigenen Positionen in den Medien

Auch die Öffentlichkeit beteiligte sich zunehmend an der Diskussion (bis 1985 20 Initiativen, die gegen ein Mehr an Fernsehen waren.)

Natürlich kamen auch Gegenstimmen aus den Befürworterkreisen des Breibandnetzes.

Der am wenigsten umstrittene schmalbandige Rückkanal wurde nie realisiert.

1978: Kündigung des NDR-Staatsvertrags durch Schleswig-Holstein

_ Spätsommer 1980: neuer Vertrag

Begrenzung des Monopols des NDR zur Veranstaltung von Rundfunksendungen bis Ende 1982; Veränderung der Zusammensetzung der Aufsichtsgremien den neuen politischen Verhältnissen in Norddeutschland entsprechend

14.11.1980: Kronberger Beschlüsse

Durchführung und Finanzierung von vier auf je drei Jahre angelegten Kabelpilotprojekten in Berlin, Mannheim/Ludwigshafen, München und Dortmund; gemeinsame Kommission für die Begleitung der Projekte

16.6.1981: FRAG-Urteil des Bundesverfassungsgerichts = drittes Rundfunkurteil gesetzlich festgelegte Zulassungsregeln für privat-kommerziellen Rundfunk:

- Sicherung der Vielfalt bestehender Meinungen (auch Außenpluralität geeignet)
- Umfassende Information

= Grundlage für privat-kommerziellen Rundfunk!

Das saarländische Rundfunkgesetz wurde für nichtig erklärt.

1982: Regierungswechsel – Regierung Kohl

gute Konstellationen für kommerziellen Rundfunk:

Mehrheiten auf Bund- und Länderebene + bereits mehrere privat-kommerzielle Anstalten im Ausland

Größte Lehre aus dem Vorgehen der letzten Regierung: Einführung des dualen Rundfunksystems nur durch Kabelpilotprojekte erreichbar, da gemachte Investitionen, aufgebaute Institutionen und geweckte Bedürfnisse nicht mehr rückholbar sind.

_ Hineingleiten in das duale Rundfunksystem; Festlegung gesetzlicher Regelungen erst im Nachhinein

Die technisch begrenzte Kompetenz des Bundes sollte sich diesmal als durchsetzungsfähiger erweisen als die Kulturhoheit der Länder (politischer Wendeeffekt und KtK-Empfehlungen halfen ihm dabei).

1984: neues Rundfunkgesetz im Saarland

Vor dem Start wurde das nötigste in Breitbandkabel-Versuchsgesetzen und Vorschaltgesetzen zu den Privatfunkgesetzen geregelt. Auch wurde kommerzieller Rundfunk in Landesrundfunk- und Landesmediengesetzen (außer in Nordrhein-Westfalen) zugelassen und die Kompetenzen und Aufgaben der Landesmedienanstalten geregelt.

Beginn der Pilotprojekte:

- 1.1.1984 in Ludwigshafen/Vorderpfalz (mit Programmen von SAT.1 und RTLplus)
- 1.4.1984 in München
- 1984 in Berlin
- Juni 1985 in Dortmund

Klare Beteiligungen bei RTLplus (CLT/Ufa – 50% Bertelsmann und 50% Gruner+Jahr) und bei SAT.1 (Kirch und Springer)

_ Die Verleger hatten endlich erreicht was sie wollten!

SAT.1 wurde anfangs sogar als Verlegerfernsehen etikettiert.

Von Anfang an und auch nach Ende der Pilotprojekte war eine deutliche Anbieterkonzentration festzustellen, sowohl die Zuschauer- als auch die Werbemarktanteile betreffend.

_ umstrittene Meinungs- und Medienvielfalt

1985 beherrschten RTIplus, SAT.1 und Pro7 (seit 1.1.1989) den gesamten Markt, 1992 hatten sie zusammen einen Zuschauermarktanteil von 92,4%, 1996 hatten die neu hinzugekommenen Sender (VOX, n-tv, DSF, Super RTL, RTL2, Kabel1 etc.) einen Zuschauermarktanteil von 32,9%.

_ zentrale Bedeutung von Fragen der horizontalen, vertikalen und diagonalen Medienkonzentration!

1985: neues Gesetz über den WDR

Zugeständnis sämtlicher technischer Möglichkeiten für die Rundfunkversorgung
Mitglieder des Rundfunkrates in Zukunft nicht mehr vom Landtag gewählt, sondern über gesellschaftlich relevante Gruppen entsandt

4.11.1986: Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts: Urteil über das niedersächsische Landesrundfunkgesetz

Wegen der direkt empfangbaren Satellitenprogramme aus ganz Europa ist eine gleichgewichtige Vielfalt und Ausgewogenheit sowieso nicht mehr uneingeschränkt zu garantieren.

Der Binnenpluralismus im privat-kommerziellen Rundfunk ist nicht notwendig.

Aufgabe der öffentlich-rechtlichen Anstalten, eine „Grundversorgung“ mit einem breiten Programmangebot zu bieten

1.12.1987: Rundfunkstaatsvertrag der Bundesländer zur Neuordnung des Rundfunkwesens

- Bestands- und Entwicklungsgarantie für die öffentlich-rechtlichen
- **Aufbau und Entwicklung der privaten Sender**
- Nutzung eines Rundfunksatelliten
- Anzahl der bundesweiten TV-Programme von ARD und ZDF
- Beteiligung der öffentlich-rechtlichen an einem europäischen TV-Programm
- **Mindeststandards für die bundesweit ausgestrahlten Programme der privaten**
- **Die Landesmedienanstalten sind aus der Rundfunkgebühr zu finanzieren.**

Ergänzungen durch Novellierungen von Landesmediengesetzen und durch Mehrländer-Staatsverträge

9./10.11.1989: Öffnung der deutsch-deutschen Grenze

5.2.1990: Beschluss der DDR-Volkskammer über die Meinungs-, Informations- und Medienfreiheit

_ **RTLplus und SAT.1 – die schon über Satellit empfangbar waren – konnten schon bald die Marktanteile der öffentlich-rechtlichen im ostdeutschen Raum überrunden**

18.3.1990: neu gewählte Regierung der DDR

13.9.1990 – 2.10.1990: Überleitungsgesetz
u.a. Aufgabenverteilung der beiden Rundfunksysteme

= Festlegung des dualen Rundfunksystems auch für Ostdeutschland!
im vereinten Deutschland übernommen

3.10.1990: Artikel 36 des Einigungsvertrages
Überführung des Rundfunks der DDR und des Deutschen Fernsehfunks in die öffentlich-rechtliche „Einrichtung“ und dann in öffentlich-rechtliche Länderanstalten.
_ zweijährige Wartezeit für privat-kommerzielle Rundfunkveranstalter bis zur Vergabe der ersten Lizenzen (aber trotzdem schon Empfang privater Sender! s.o.!)

31.8.1991: Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland
Regelungen für die beiden Rundfunksysteme, über das ARD-Fernsehprogramm, den Staatsvertrag des ZDF, das Rundfunkgebührenwesen und die Finanzierung des Rundfunks

31.12.1991: Auflösung des früheren Rundfunks der DDR

Grundlagen zur Einführung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in den neuen Bundesländern

Mai 1991: Gründung des Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) durch die Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen mit Hauptsitz in Leipzig

November 1991: Rundfunk Brandenburg bzw. später Ostdeutscher Rundfunk Brandenburg (ORB) mit der Zentrale in Potsdam

Anschluss Mecklenburg-Vorpommerns an den NDR; Landesfunkhaus in Schwerin

Ende November 1991: Beitritt des MDR und ORB zur ARD

ZDF hatte sowohl in den neuen als auch in den alten Bundesländern Landesstudios eröffnet.

Ende 1991/Anfang 1992: Beginn der Arbeitsfähigkeit der Landesmedienanstalten in Ostdeutschland:

- SLM (Sachsen)
- TLR (Thüringen)
- Landesrundfunkausschuss (LRA) Sachsen-Anhalt
- LRA Mecklenburg-Vorpommern

1.1.1992: Start der öffentlich-rechtlichen Hörfunkprogramme

- Mitteldeutscher Rundfunk (MDR)
- Ostdeutscher Rundfunk Brandenburg (ORB)
- NDR

Zweites Halbjahr 1992 – Ende 1993:

Aufnahme des Sendebetriebs von zehn landesweiten privaten Hörfunkprogrammen in Ost-Berlin und Ostdeutschland

Die deutsche Vereinigung bedeutete für den privat-kommerziellen Rundfunk, v.a. für die nationalen TV-Programme, den endgültigen Durchbruch gegenüber den öffentlich-rechtlichen Anstalten.

Die Ostdeutschen Zuschauer bevorzugten nämlich eindeutig die privaten Programme innerhalb ihrer entscheidend längeren täglichen Mediennutzung (gegenüber den Westdeutschen).

Die Aufsichtseinrichtungen des privaten Rundfunks entsprachen denen der westdeutschen, sodass auch die Schwächen übernommen wurden.

Juni 1993: Vereinigung von RIAS Berlin, DLF und von DSKultur zum Deutschlandradio (öffentlich-rechtlich); Funkhäuser in Berlin und Köln

Das Verfahren zur Festsetzung der Rundfunkgebühr, das seit 1975 auf Vorschlag der staatsnahen Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs erfolgte, wurde 1994 z.T. als verfassungswidrig erklärt.

Es sollte eine von Politik und Rundfunk unabhängige Kommission gebildet werden + Betonung, dass die Bestandsgarantie sich auch auf eine Finanzierungsgarantie erstrecke, die aber nicht zur Programm- oder Medienlenkung missbraucht werden dürfe.

1997: Auflösung des SDR und des SWF in den Ländern Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz und Gründung des öffentlich-rechtlichen Südwestfunks (SWF) mit Standorten in Baden-Baden, Mainz, Stuttgart.

Trotz der großen Programmervielfachung gab es eine Konzentration auf wenige Anbieter auf dem Medienmarkt.

_ Die Diskussionen um mediale Vielfalt und dominierende Meinungsmacht waren immer noch aktuell.

_ 1.1.1997: veränderter Staatsvertrag

Die Begrenzung des Programmeinflusses per Besitz wurde durch die Beschränkung der Marktanteile ersetzt. = publikumsorientiertes Modell

Eine Quote von 30% Zuschauer-Marktanteil im Jahresdurchschnitt bedeutet nach der neuen Regelung „vorherrschende Meinungsmacht“, die dann durch Programmbeteiligungen anderer Sender und durch Öffnung von Programmfenstern für Dritte ausgeglichen werden kann.

Erstes Halbjahr 1998: Die Marktanteile von ARD, ZDF und den Dritten überwogen das erste Mal seit 1992 wieder die von RTLplus, SAT.1 und Pro7.

Dennoch konnten die privaten ihre Werbeeinnahmen überproportional steigern, im Gegensatz zu den Netto-Werbeumsätzen von ARD und ZDF, die seit 1990 stetig zurückgingen.

➤ Angebote, Inhalte, Programme

Zeitungsberichterstattung im Wandel

Der Wandel der Zeitungsberichterstattung hat zwei Ursachen: Die Darstellung und das Dargestellte verändert sich.

- Die Anzahl der Beiträge nahm im Laufe der Zeit zu. Ihren Höchststand erreichte sie Mitte der 70er. Seitdem ging sie deutlich zurück.
 - Mit dem Umfang der Berichte verhielt es sich mit einer Zeitverzögerung ähnlich. Hier wurde der Höchststand in der ersten Hälfte der 80er erreicht.
- Ursachen: Ausweitung der Rubriken für Innen- und Außenpolitik, größeres Angebot der Nachrichtenagenturen, Ausbreitung des Fernsehens als Konkurrent
- Die Zahl der Eigenberichte nahm bis Mitte der 60er zu und ging dann immer mehr zurück. Komplementär dazu war die Anzahl der übernommenen Agenturmeldungen.
 - Die Berichte die sich mit der Außenpolitik befassen nahmen seit den 50er, 60er Jahren ab. Unterbrochen wurde der Trend nur durch die Wiedervereinigung. Danach gab es allerdings so wenige Beiträge über Außenpolitik wie nie zuvor.
 - Die Berichterstattung über die Gesellschaft und über innere Angelegenheiten nahm zu. Dafür interessierte sich die Leserschaft anscheinend mehr als für die Außenpolitik, denn Anlässe in der Realität hätte es für beide Themenbereiche gleichermaßen gegeben.
 - Anlass für eine Politikberichterstattung kann entweder ein Ereignis oder eine Stellungnahme sein. Die Anzahl der Ereignisse, die eine Berichterstattung bewirkt hat ist über die Jahre konstant geblieben. Es wurden jedoch von den frühen 60ern bis zu den frühen 80ern immer mehr Stellungnahmen, die zu einem Bericht führten. Dann trat eine Umkehr ein, die auch die gesamte Anzahl der Politikberichte zurückgehen ließ. Ursache für die Umkehr war wohl die schwindende Bereitschaft der Journalisten über Politikerstellungen zu berichten.
 - Die Kriterien für die Gestaltung eines Berichts sind der Tatsachengehalt, der Emotionalisierungsgrad, der Tenor, die Skandalisierung und die Fairness.
 - Nachrichten und Berichte: tatsachenbetont, nüchtern, neutral, ohne spezifischen Tenor, einseitig.
 - Meinungsbeiträge: spekulativ, emotional, pessimistisch, einseitig, skandalisiert
 - Dokumentationen und Interviews: wenig tatsachenbetont und nüchtern, nicht sehr spekulativ und emotional (_ irgendwo zwischen Nachrichten/Berichten und Kommentaren/Glossen), optimistisch
- Durchgehender Trend bei der Entwicklung: Die Konfliktberichte wurden zunehmend zweiseitig, dadurch fairer aber auch gleichzeitig konfliktbetonter.
- Zwei gegenläufige Phasen
- Späte 50er bis Anfang 80er: Der Anteil der emotionalen, spekulativen und pessimistischen Beiträge wuchs (weil die Zahl der Politikberichte in dieser Zeit zunahm).
 - Mitte 80er bis Mitte 90er: Der Anteil der emotionalen und pessimistischen Beiträge ging zurück, der der Skandalberichte nahm allerdings zu. Der Anteil der spekulativen Beiträge blieb konstant hoch. Unterbrochen wurde diese Phase durch die Wiedervereinigung.
- Außerdem wurde der Tenor der Problembereichterstattung von Beginn der 50er bis Beginn der 80er immer pessimistischer. Danach ging diese Tendenz etwas zurück. Vor allem in der Wiedervereinigungsphase waren die negativen Berichte seltener.
- Man kann allgemein von 1951 bis 1995 von der Etablierung eines habituellen Pessimismus sprechen. Er kam schleichend und unauffällig, sodass man davon ausging, dass die Berichte schon immer so waren und dass sich

vielmehr die Realität selbst verändert hatte.

Es ist auch festzustellen, dass ein Zusammenhang zwischen der Quantität der Problembereiche und ihrer Qualität (in Richtung Pessimismus) besteht.

Die Ursache für die pessimistischer werdenden Beiträge liegt in der wachsenden Bereitschaft der Journalisten Missstände anzuprangern. Ursache dafür wiederum ist der Generationenwechsel in den Redaktionen: Die jüngeren Journalisten waren bereit als die älteren, Auseinandersetzungen mit Politikern einzugehen. Auch der Begriff der Kritik hatte sich gewandelt.

Programmgeschichte des Hörfunks

Alle Hörfunksender hatten nach der Besatzungszeit in ihrem Programmauftrag die Politikberichterstattung. Diese wurde in ganz verschiedenen Formen wie Nachrichten, Interviews, Kommentaren, etc. durchgeführt.

Da sich Politiker mit dieser Selbständigkeit des Hörfunks schwer taten, hatten die Intendanten oft große Mühe, diese Freiheit gegen die Angriffe der Politiker zu verteidigen.

Von letzteren wurde der Hörfunk auch gerne als Waffe im Kalten Krieg eingesetzt.

1. Die Blütezeit des Radios (1949-1958)

Zunächst nur ein Mittelwelle-Programm jeder Anstalt, mit dem sie auf ihre regionalen Sendegebiete konzentriert waren.

Die UKW-Ära (ab 1949) setzte sich bis Mitte der 50er durch.

Wo es früher als Unterhaltung v.a. „Bunte Abende“, Unterhaltungsmusik und Familienserien gegeben hatte, wurde nun der Musikanteil deutlich erhöht. Ein weiterer Unterschied zu den MW-Sendern war, dass sie nur im nördlichen und westlichen Teil des Sendegebiets ausgestrahlt wurden (wie zur Weimarer Zeit).

Es wurden immer mehr Regionalsendungen auf den UKW-Sendern gespielt. Das Programm lief auch hier nach dem Muster des Kästchenprogramms ab (verschiedene Angebote zu verschiedenen Tageszeiten um nach und nach in einer Woche etwas für alle Interessengruppen gesendet zu haben). Sozialwissenschaftliche Hörerforschungen halfen dabei, herauszufinden was die Hörer interessierte.

1958 hatten alle ARD-Mitglieder mindestens zwei, im Norden sogar drei unterschiedlich ausgerichtete Programme zu bieten. Außerdem gab es noch einen bundesweiten Versuchssender auf Langwelle und ein bundesweit empfangbares Programm der US-Station RIAS Berlin.

Im Programm waren damals v.a. Unterhaltungsmusik, „Bunte Abende“, Serien, Quizsendungen, Sinfoniekonzerte, Opern, Hörspiele, gesellschaftliche Großereignisse aus den Bereichen Sport und Politik sowie aktuelle Sendungen zu finden.

Der Ausbau eines weltweiten Korrespondentennetzes und die internationalen Kooperationen erweiterten ständig die Möglichkeiten der Berichterstattung.

Zunehmend wichtiger wurden aktuelle politische Sendungen und die regionale Berichterstattung. Klassische Ressorts wie Kinderfunk, Frauen- und Landfunk sowie Schulfunk waren nach wie vor gefragt.

Das Verständnis des Hörfunks als Kulturfaktor erklärt die immer öfter auftretenden eigenen Bigbands und Sinfonieorchester der Rundfunkanstalten.

Sehr engagierten für den Hörfunk waren zeitgenössische Schriftsteller, die z.T. sogar eigene Sendekästchen betreuten und sonst z.B. Hörspiele aufnahmen.

Das Radio hatte zu dieser Zeit Reichweiten von 50 % bei abendlichen Unterhaltungssendungen und von 30 % bei vorabendlichen Informationssendungen.

2. Der Hörfunk unter scharfer Konkurrenz des Fernsehens (1958 – 1971)

Bis 1963 sank der abendliche Nutzungsgipfel des Hörfunks auf 20 bis 30 % ab.

Es dauerte lange bis die Hörfunkbetreiber mit entsprechenden Konsequenzen im Programm darauf reagierten (Typisierung, Personalisierung, Spezialisierung).

Daraus entstanden viele sehr unterschiedliche Programmprofile, wie z.B. Sender mit hauptsächlich Unterhaltungsmusik und mehrstündigen aktuellen Magazinen. Bei manchen besetzt dieses Profil das zweite Programm, bei manchen anderen das erste, und das zweite wurde dann z.B. zur Kulturwelle.

Auf alle Fälle spielten die live moderierten Magazine die Hauptrolle.

Es wurde zunehmend ein stündliches Nachrichtenraster aufgebaut.

Der Hörfunk passte sich einerseits der Konkurrenz des Fernsehens an, indem es Mittags- und Morgenmagazine ausstrahlte (wenig TV-Konkurrenz zu diesen Tageszeiten), andererseits hörte er nicht auf seine aufwendigsten Programme (Hörspiele, Opern) abends in direkter Konkurrenz zum Fernsehen auszustrahlen.

Weitere Akzente im sonst weitgehend gleichgebliebenen Programm wurden z.B. durch „Funkkolleg“ Original-Ton-Hörspiele gesetzt.

Allgemein wurde in den ersten und zweiten Programmen immer noch versucht, alle traditionellen Programmelemente unterzubringen.

1968 hatte in der Regel jede Rundfunkanstalt eines ihrer Programme zu einem 24-Stunden-Angebot erweitert, das v.a. durch ein gemeinsames Nachtprogramm möglich war, das nicht zuletzt aus einer Initiative gegen das nächtliche Hören des DDR-Rundfunks entstanden ist.

3. Die „Renaissance“ des Hörfunks (1971 – 1985/86)

Ab 1963: Stereophonie auf UKW

Die Tagesreichweite stieg von 64 % der Erwachsenen 1968 auf 80 % Anfang der 80er. Auch die tägliche Hördauer stieg an.

Um diesen Erfolg halten zu können modernisierten und diversifizierten die Hörfunkanstalten ihre Programme weiter.

Zunehmend an Bedeutung gewannen die Verkehrsinformationen, sodass auf dritten UKW-Wellen sog. Service-Wellen eingerichtet wurden. Auf ihnen waren Nachrichten, Verkehrsinformationen, kurze Wortbeiträge und Musik (Rock und Pop) in verschiedenen Anordnungen und Schwerpunkten zu hören.

Diese neuen leichteren Programme waren an das neue Nutzungsverhalten angepasst, da der überwiegende Teil der Hörer das Radio nunmehr als Begleitprogramm nutzte.

Außerdem gewann die Regionalisierung durch die Debatte um regionale Werte in einer zunehmenden globalen Verflechtung wieder an Bedeutung, sodass zusätzliche Fenster für regionale Sendungen geöffnet und sub-regionale Programme angeboten wurden.

Als geeignetes Rahmenprogramm wurde meist ein auf die ältere Generation zugeschnittenes Musikprogramm angesehen. Diese Programme fanden auf vierten UKW-Senderketten Platz, die nun aufgebaut wurden.

Auch Kulturwellen kamen auf, die eher für die wenigen Zuhörer geeignet waren, die das Radio nicht nur nebenbei nutzten. Auf diesen

Zuhörprogrammen waren eine große Anzahl von Hörspielen (z.T. neuartig mit Einbindung des Hörers) und Programmschwerpunkte mit größeren Beiträgen zu finden.

Somit wurde also das frühere vertikale Konzept, mit dem man versuchte alle Hörer nacheinander mit einem Programm zufriedenzustellen, aufgegeben und durch eines horizontales ersetzt, das mehrere Programme für jeweils eingegrenzte Zielgruppen gleichzeitig bot.

Das Angebot der Landesrundfunkanstalten war von 23 Programmen 1971 auf 28 im Jahre 1985 angestiegen.

Die meisten Anstalten verfügten über drei Programme, eines als Musik- und Service-Welle, eins als Kulturprogramm und eins als Landesprogramm mit Regionalsendungen oder als modernisierte Variante des Kästchenprogramms.

4. Radio im dualen Rundfunksystem (seit 1985/86)

Erste Privatradios in den Kabelpilotprojekten von Ludwigshafen und München, erst über Kabel dann auch terrestrisch.

1.7.1986: erstes landesweites kommerzielles Hörfunkprogramm: Radio Schleswig Holstein (RSH)

von da an auf alle Bundesländer ausgeweitet

Da alle Länder (bis auf Berlin und Brandenburg) unterschiedliche Modelle für die Gestaltung des privaten Hörfunks hatten, fiel die Entwicklung überall verschieden aus.

Drei Ebenen: lokale Ebene, Landesebene und Zwischenebene der Bereichssender

Direkter Wettbewerb findet bei den landesweiten Programmen der privaten und den entsprechenden ARD-Mitgliedern statt.

Als Vorbilder für den privaten Hörfunk dienten einerseits die Erfolgsprogramme der öffentlich-rechtlichen und andererseits das Formatradio aus den USA. (Zielgruppe 14/25 – 49; siehe S. 223!)

Das beliebteste Format wurde dabei AC (Adult Contemporary).

In Ballungsräumen mit mehr als einer Privatwelle wird als zweites Format oft eines gewählt, das gezielt die jüngere oder die ältere Altersgruppe anspricht.

Der private Hörfunksektor wuchs bis 1998 auf mehr als 170 Programme und einen Marktanteil von 44 %.

Die Konkurrenz bewirkte z.B. die Spezialisierung in Richtung Jugendwellen, Infowellen, Nachrichtenkanäle und Spartenprogramme sowie die zunehmende Regionalisierung mit eigenen Landesprogrammen.

Das Hörfunkangebot der Landesrundfunkanstalten wuchs bis 1997 auf mindestens 4, z.T. auf fünf Programme pro Ausstrahlungsgebiet, zusammen auf 52 Programme mit 64 regionalen Fenstern.

Auf nationaler Ebene ist der öffentlich-rechtliche Hörfunk mit zwei Kultur- und Informationsprogrammen des Deutschland Radios präsent.

Nicht-kommerzieller Bereich des privaten Hörfunks: Offene Kanäle und lokaler Bürgerfunk

In Zukunft ist durch Übertragungsverfahren wie ASTRA Digital Radio (ADR) oder Digital Audio Broadcasting (DAB) mit dem Ende der Frequenzknappheit und damit mit einer weiteren Spezialisierung der Programme, z.T. als Pay-Radio, zu rechnen. Auch werden die Hörfunkprogramme voraussichtlich in Multimedia-Programme eingegliedert werden.

Programmgeschichte des Fernsehens

Erstes Kennzeichen: quantitative Zunahme der einzelnen Sender bzw. aller Programme

1956/57 wurden täglich im Schnitt 5 Stunden gesendet, 1965 schon mehr als sieben.

Zunächst dominierte als Programmidee die wohlgeformte Einheit, ähnlich wie im Theater. Bald ging aber dazu über, das TV müsse seine Zuschauer mit aktuellem und vielfältigem Stoff über die Welt versorgen.

Am 1. April 1963 ging das ZDF an den Start, bis 1969 wurden die Dritten Programme ausgebaut, wodurch sich der Zuschauer zunehmend sein eigenes Programm zusammenstellen konnte.

Ende der 60er kamen neue Kriterien für die Programmgestaltung auf: gesellschaftliche Relevanz und Konfliktfähigkeit.

Nach der Etablierung des dualen Systems wurden die Einschaltquoten zum wichtigsten Kriterium zur Auswahl und Beibehaltung von Programmelementen. Damit trat die Orientierung an einer wohlkomponierten Mitte der 50er und 60er und an gesellschaftlicher Relevanz Ende der 60er und in den 70ern zurück.

Für die Programmggeschichte sind unterschiedliche Phasenaufgliederungen möglich:

1. nach Senderinstitutionen und Sendetechniken
 - 1928-1952: Vorgeschichte - kollektiver Empfang in Fernsehstuben als Höhepunkt
 - 1952-1963: Monopol der ARD
 - 1963-Mitte 80er: Duopol von ARD und ZDF
 - Etablierung und Durchsetzung des dualen Systems
 - Verdrängung der Marktanteile der öffentlich-rechtlichen unter 40%
 - Einführung von Spartenkanälen
2. nach medienhistorisch relevanten Ereignissen
 - 1953: Live-Übertragung der Krönungsfeierlichkeiten für Elisabeth II.
 - 1954: Live-Übertragung der Fußballweltmeisterschaft
 - 1969: Live-Übertragung der ersten Mondlandung
 - 1989: Fall der Berliner Mauer
3. nach der Medienkonstellation, sprich nach der Durchsetzung gegenüber den jeweils alten Medien und nach dem Aufkommen jeweils wieder neuer
4. nach verschiedenen Fernsehprogramm- und Nutzungsphasen:
 - Familienfernsehen der 50er
 - Gesellschaftsfernsehen v.a. Ende 60er
 - Phase der „Neuen Subjektivität“ in den 70ern
 - Das „Warenhaus“ der 80er
 - Zunahme der Spezialangebote in den 90ern und Aufkommen des WWW

Während am Anfang der Fernsehgeschichte ein allgemeiner Konsens darüber bestand, dass Bildung, Information und Unterhaltung die Hauptaufgaben des Fernsehens seien und diese auch genau den einzelnen Programmen zuzuordnen waren, so gewannen etwas später die Mischformen an Bedeutung und ein gute Stück später setzte sich die Werbung als Selektions- und Präsentationsstandard für die anderen Programmtypen durch. So Niklas Luhmann 1996 zu folgenden drei Haupttypen: Information, Unterhaltung, Werbung.

- „Das Fernsehen und die Künste“

Die Erfüllung des gesetzlich festgeschriebenen Bildungsauftrags wurde am Anfang der TV-Geschichte durch die Anknüpfung an die etablierten Künste geschafft: Literatur, Künste, Theater und Spielfilm. Dies war allerdings nicht in allen Ländern so.

Zunächst wurden sie in Form von Fernsehspielen (fiktionale Fernsehsendungen nach literarischer Vorlage) aufgegriffen, in den 60ern ging man zur verfilmten Literatur über. Die 70er sind gekennzeichnet durch Filme für Kino und Fernsehen und durch einen Trend zu Serialisierung die 80er durch eine Verfestigung der Serialisierung, durch Internationalisierung und den Trend zum Spielfilm.

Schon im ersten Jahrzehnt seiner Geschichte war das deutsche TV im Gegensatz zum US-Distributionsfernsehen ein Redaktions- und Produktionsfernsehen.

Die Art der Theatervorstellungen im Fernsehen veränderte sich massiv als 1957/58 Aufzeichnungen möglich wurden.

Spielfilme waren zunächst komplett dem Kino zugeschrieben.

Zwischen den 60ern und 70ern etablierte er sich als regelmäßiger Bestandteil des Fernsehens. Auch westeuropäische und britische Filme wurden in den 60ern in Deutschland ausgestrahlt, wohingegen der amerikanische Film erst in den 70ern hielt. Seit den 70ern sind die Spielfilme aus dem Programm nicht mehr wegzudenken, seit den 80ern sind sie rund um die Uhr verfügbar, Anfang der 90er konnten voll verkabelte Haushalte 7000 Spielfilme jährlich empfangen.

Zum wichtigsten Konkurrenten wurden die Heimvideos durch Videoverkauf und -verleih. Somit erfuhr das Kino eine ganz neue Verbreitungsform.

Durch die Einführung des Farbfernsehens 1967 begannen ästhetische Experimente, das TV stellte ab jetzt das unauffällig-normale dar, das Kino das exaltierte und besondere.

- Informations- und Dokumentarsendungen

Die wichtigsten sind hierbei Fernsehnachrichtensendungen, Dokumentarfilme, Magazine, Wissenschaftssendungen und Reportagen.

Fernsehnachrichtensendungen:

Die Tagesschau ist seit 25.12.1952 auf dem NWDR und die Nachrichtensendung heute seit 1.4.1963 auf dem ZDF zu sehen.

Bei der Tagesschau war eine Stabilität der häufigsten Ereignisregionen festzustellen: Aus Deutschland wurde am häufigsten berichtet, an 2. Stelle stand Westeuropa, an 3. Osteuropa, dann kamen die USA und die DDR.

Was die Sachgebiete anbelangt, stand Politik an 1. Stelle, gefolgt von Wirtschaft, Kriminalität bzw. Verbrechen und Sensationen bzw. Katastrophen.

Seit Mitte der 50er etablierten sich zunehmend verschiedene Magazine:

Nachrichtenmagazine, politisch-kritische Magazine, Kulturmagazine, populärwissenschaftliche Magazine, Unterhaltungsmagazine ...

Die Magazine differenzierten sich immer stärker aus und wurden nach und nach zu einem festen Bestandteil des Programms.

Die Dokumentarfilme und Reportagen konnten ihr gesamtes Themenspektrum wegen Quotenverluste schon bald nicht ausreichend erschöpfen; heute überleben sie auf Sendern wie 3sat, arte und Phoenix.

- Unterhaltung

Die Serien mit ihren speziellen Gestaltungsprinzipien etablierten sich zum wichtigsten eigenständigen Genre des Fernsehprogramms.

Die erste große deutsche Fernsehserie von 1954 bis 1960 mit 111 Folgen war „Unsere Nachbarn heute Abend (Familie Schölermann)“.

Es folgte eine große Zahl weiterer Serien, z.B. auch dokumentarische Krimiserien.

In den 80ern fassten US-amerikanische Serien mit Dallas (ARD, seit 1981) und Denver Clan (ZDF, seit 1983) Fuß und konnte Spitzen Einschaltquoten erzielen.

Die Zuschauervorlieben passten sich allmählich den amerikanischen an.

Einen neuen Serientyp stellte seit 1985 die Lindenstraße mit ihren alltagsnormalen Figuren dar.

Außerdem kamen die „Seelsorger-Serien“ auf, in den u.a. Pfarrer und Ärzte die Helden spielen.

Auf den privaten Sendern nahmen v.a. die amerikanischen Serien und Soap-Operas ihren festen Platz ein.

Sportübertragungen waren von Anfang an ein Höhepunkt auf dem Spezialgebiet der informierenden Unterhaltung und der unterhaltsamen Information. Schon 1952 wurde im Rahmen eines Versuchs täglich eine Stunde über die Olympischen Sommerspiele in Helsinki berichtet. 1961 startete die Sportschau als regelmäßiges Magazin, worauf andere ähnliche folgten.

Im dualen System wurden Veranstaltungen von Sportarten wie Fußball und Tennis bald zu einem heftig umworbenen Markenartikel. Die Kosten dafür stiegen immer mehr, sodass bei den Ausgaben für andere Programme zunehmend Abstriche gemacht werden mussten.

In diesem Rahmen werden Spitzensportler als Stars herausgestellt, die dann als Sympathieträger wieder in Werbespots eingesetzt werden.

Weitere Unterhaltungssendungen sind Quiz- und Gameshows, Talkshows, „Confrotainmentshows“...

- Werbung

Die Werbung kam erst später, ab 1956, beim Bayerischen Rundfunk ins Programm. Sie hatte auf die gesamte Programmgestaltung Einfluss.

Z.B. muss sich das ZDF, da es wegen der Gebührenverteilung stärker als die ARD auf Werbeeinnahmen angewiesen ist, mehr Sendungen in sein Programm aufnehmen, die das Unterhaltungsbedürfnis der Zuschauer befriedigen können. Da sich Werbespots immer den momentanen gesellschaftlichen Entwicklungen anpassen müssen, sind sie ein guter Spiegel des sozialen Wandels.

Das Vorbild der amerikanischen TV-Werbung, das stark durch Sentimentalität und die Sehnsucht nach einer heilen Welt geprägt war, passte ausgezeichnet zur deutschen Vergangenheitsbedrängung in der Nachkriegsbevölkerung.

So waren in der deutschen TV-Werbung Umstände zu erkennen wie die Kritik am Bürgertum und der Adenauer-Ära, die Investitionsschwächen der Wirtschaft, die Massenarbeitslosigkeit und die Gefährdung der Umwelt und der Gesundheit durch Natur- und andere Katastrophen.

- Kinder- und Jugendfernsehen

Für diesen Bereich werden alle sonst vorhandenen Programmformate in kinder- und jugendfreundliche umgewandelt und durch kinderspezifische Programmelemente ergänzt.

So zeichnete sich auch hier eine ganz ähnliche Entwicklung des Programms ab. In den 90ern kann man schon sagen, dass die Kinderprogramme zu Rahmenprogrammen für die zielgruppenspezifischen Werbespots geworden sind. Diese haben beste Voraussetzungen, da Kinder oft die privaten den öffentlich-rechtlichen Sendern vorziehen.

Am 1.1.1997 starteten ARD und ZDF zusammen den „Kinderkanal“.

Im Gegensatz zu den Kindern ist die Programmviefalt für Jugendliche eher begrenzt. Als wichtigster Sender ist hier MTV zu nennen.

Leitmedien und Zielgruppenorgane

Begriffsklärung: S. 302 – 305

- Kulturpolitische und literarische Zeitschriften
Nach der NS-Zeit hatte diese eine besonders wichtige Funktion, nämlich die Suche nach einer politischen und geistigen Neuorientierung
Bereits in der Besatzungszeit lizenziert wurden folgende:
Der Aufbau (sowjetische Lizenz, ab Sept. 1945), Die Sammlung (britische Lizenz, ab Okt. 1945), Die Wandlung (ab Nov. 1945), Die Gegenwart (französische Lizenz, ab Ende 1945)
Sie bemühten sich, neue Grundlagen in Politik und Kultur in humanistischer Tradition zu schaffen.
Es folgten viele weitere.
Sie hatten, was an ihren hohen Auflagen zu sehen ist, beachtlichen Erfolg, der seit der Währungsreform und später mit dem Aufkommen anderer Periodika dahinschwand.
Die einzige der damals gegründeten kulturpolitischen Zeitschriften, die bis heute überlebt hat, ist der Merkur.
Die verschwundenen Titel konnten auch nicht durch Neuerscheinungen kompensiert werden. Die einzige nennenswerte war das Kursbuch, dessen erste Ausgabe 1965 erschien.
- Überregionale Tageszeitungen
In der Besatzungszeit war jede der 4 Mächte bestrebt, auch eine überregionale Zeitung zu etablieren. Daraus gingen die Tägliche Rundschau (sowjetisch), Die Neue Zeitung (amerikanisch) und Die Welt (britisch) hervor.

Besonders einflussreich und bedeutend war letztere, die sich nach sieben Jahren in britischer Hand im Axel Springer Verlag durch die Mitarbeit bedeutender Redakteure zu einem Qualitätsblatt hocharbeitete. Die Qualität ließ nach als es sich einem rechtskonservativen Kurs verschrieb, viele liberale Journalisten das Blatt verließen und es letztlich zur Zielscheibe der linken Studentenbewegung der späten 60er Jahre mit ihrer Anti-Springer-Kampagne wurde. In den 70ern wurde es zum Gegner der sozialliberalen Regierung und kam daher trotz seines großen Korrespondentennetzes und seiner weiten Berichterstattung nicht als Leitmedium in Frage.

Als zweite national verbreitete Qualitäts-Tageszeitung ist die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) zu nennen, die seit 1.11.1949 erscheint.

Als Leitmedium gilt sie wegen ihrer hohen Auflagen, dem großen Anteil ihrer eigenständigen Beiträge und wegen ihrer Leserschaft.

Die aus Lizenzzeitungen hervorgegangenen Blätter Süddeutsche Zeitung und Frankfurter Rundschau sind keine überregionalen Zeitungen im eigentlichen Sinne.

Die Zeitung mit der höchsten Auflage ist die Boulevard- und Straßenverkaufszeitung Bild. Mitte der 90er hatte sie eine Auflage von 4,5 Mio und eine tägliche Leserzahl von 11 Mio. Außer ihrer Auflage spricht allerdings einiges dagegen, sie als Leitmedium zu bezeichnen.

Einzige erfolgreiche Neugründung seit der Bild ist die tageszeitung – taz. Sie kann als Zielgruppenorgan für Studenten bezeichnet werden und insofern als Leitmedium, als dass sie regelmäßig durch Journalisten genutzt wird, zu den 10 meist zitierten Presseorganen gehört und Wegbereiter für bestimmte Themen ist.

- Wochenzeitungen

Das einzige als Leitmedium zu bezeichnendes Wochenblatt ist Die Zeit. Sie hat eine Leserschaft mit sehr hohem Bildungsniveau, wird regelmäßig von Journalisten genutzt, ist Mittler und auch Wegbereiter für Themen. 1993 kam noch Die Woche auf den Markt.

- Nachrichtenmagazine

Der Spiegel

Er entstand aus Diese Woche, die von der britischen Militärregierung herausgegeben wurde und wo Rudolf Augstein für das Ressort Deutschland zuständig war. Die erste Ausgabe des tatsächlichen Spiegel (als Lizenzzeitschrift) erschien am 4.1.1947.

Mit dem Spiegel kam in Deutschland überhaupt erst das Nachrichtenmagazin auf den Markt.

Zum Leitmedium wurde er vor allem in den 80ern, als er einige Affären und Missstände aufdeckte und ihnen Aufmerksamkeit verschaffte.

Das Monopol des Spiegel konnte erst der Focus aus dem Burda-Verlag 1993 brechen (nach 54 gescheiterten Versuchen zuvor). Die Konkurrenz wirkte sich vor allem in den Werbeeinnahmen des Spiegel aus. Seine Vormachtstellung wurde zwar geschwächt, der Focus kann allerdings keine solche Leitfunktion wie der Spiegel für sich beanspruchen.

- Illustrierte

1948 gegründet wurden der Stern und die Quick. Letztere wurde 1992 eingestellt. Heute gibt es außer dem Stern noch die Bunte.

Wenn eine Illustrierte zu den Leitmedien zählen kann, dann der aus einer Jugendzeitschrift hervorgegangene Stern. 1960 wandelte er sich zu einer politischen Zeitschrift, fast im Magazin-Stil. Einen großen Einbruch erlebte der Stern als er 1983 die angeblich authentischen, aber doch gefälschten Tagebücher Hitlers veröffentlichte.

Ein Leitmedium der jungen Generation wurde in den 60ern twen. Er wurde zum Wegbereiter der sexuellen Aufklärung der 60er und revolutionierte mit seiner einzigartigen Gestaltung den Zeitschriftenmarkt. Im Mai 1971 wurde es allerdings endgültig eingestellt.

Ein vor allem in den 68ern bedeutendes, danach aber mit der Bewegung untergehendes Blatt war Konkret.

- Wirtschaftspresse

Als bedeutendstes dieser Zielgruppenorgane ist das Handelsblatt zu nennen, das 1964 seinen Konkurrenten Wirtschaftszeitung einverleibte und 1971 schrittweise zum Kern eines breitgefächerten Wirtschaftsverlages wurde. Heute erscheint es bösentäglich außer Samstags.

Seitdem erschienen sind Capital, WirtschaftsWoche, DM, manager magazin und impulse.

- Frauenzeitschriften

Seit Dezember 1945 nahmen sich die Zeitschriften Sie (politische, emanzipatorische Haltung) und Frauenwelt der sozialen und persönlichen Probleme der Frauen der Nachkriegszeit an.

Die meisten solchen Titel der Nachkriegszeit wurden eingestellt. In ihrem Sektor zur Marktführerschaft gelangten Constanze, Für Sie und Freundin. Hinzu kam noch Brigitte. Bis heute konnten sich nur Constanze, Brigitte und Für Sie halten.

Im Rahmen des Feminismus und der politischen Frauenbewegung kamen noch Courage und Emma auf den Markt, wovon sich nur letztere dauerhaft etablieren konnte.

- Programmzeitschriften

Sie sind weder Leitmedien noch Zielgruppenorgane.

Die erste Rundfunkzeitschrift nach dem Zweiten Weltkrieg war Hör Zu, die seit dem 13.12.1946 im Axel Springer Verlag erschien. Danach kam praktisch eine nach der anderen heraus.

Mit dem dualen Rundfunksystem und dem Fall der Mauer wurde der Markt für die Programmzeitschriften noch größer. Erst TV Spielfilm und TV Movie konnten die Hör Zu überrunden.

Die Gesamtauflage dieses Sektor betrug 1997 20 Mio Exemplare pro Ausgabe.

- Kinder- und Jugendzeitschriften

Es gibt hier kommerzielle Zeitschriften (Comic-Zeitschriften, Beschäftigungszeitschriften, Magazine), Verbandszeitschriften und Kundenzeitschriften.

Als Leitmedium der Jugendpresse ist die Bravo zu nennen.

Spezielle Blätter gibt es z.B. für Mädchen und für Musikfans.

➤ **Rezeption, Publikum**

Nutzung von Zeitungen und Zeitschriften

Forschergruppen der Alliierten:

Opinion Survey Staff (USA, später DIVO-Institut), Public Opinion Research (britisch, später EMNID-Institut)

Ihr Interesse war primär politisch motiviert.

Erste Befragungen:

Am 1.4.1947 für „Die Welt“ erste öffentliche Leserbefragung,

im Frühjahr 1949 für „Die Welt“ erste repräsentative Leserbefragung

1950 und 1952 erste monographische Leseranaysen des Allensbacher Instituts für „Constanze“ und „Der Spiegel“.

Seit der Währungsreform 1948 und der wachsenden Wirtschaftskraft Deutschland bringt die Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern (IVW) vierteljährlich auf Verlagsmeldungen basierende und durch Stichproben kontrollierte Auflagenlisten heraus.

Es folgten zahlreiche Leseranaysen des Allensbacher Instituts in Alleinarbeit (ab 1949), und für die Arbeitsgemeinschaft Leseranalyse e.V. = AG.LA (ab 1954) unter dem Namen Leser-Analyse = LA - und im Auftrag des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger = BDZV (ab 1957/58) in Zusammenarbeit mit dem DIVO in Frankfurt.

Die AG.LA wurde nach ihrer Öffnung für die Funkmedien seit 1971 zur Arbeitsgemeinschaft Media-Anaysen = AG.MA umbenannt, die seit 1960 jährlich die Media-Analyse = MA herausbringt.

Seit 1958 ist das Allensbacher Institut von der AG.LA getrennt und führt seitdem ihre eigene Allensbacher Werbeträger-Analyse = AWA durch.

Seit 1964 geben die ARD und das ZDF die Studie „Massenkommunikation“ im 5jährigen Rhythmus heraus.

Die großen Trendstudien LA bzw. MA, AWA und „Massenkommunikation“ sind die wichtigsten Quellen für eine Langzeitmarktbeobachtung im Bereich der Medien in Deutschland.

Ergebnisse:

- Das Interesse an bestimmten Themen betreffend:
 - Interesse an Politik in der Zeitung
Mit dem Aufkommen des TV nahm es in den 50ern und 60ern deutlich zu und erreichte um die Zeit der Wiedervereinigung einen Spitzenwert, fällt seitdem ab. Dieser Abfall ist in den neuen Bundesländern besonders stark, wo aber parallel das Interesse am Leitartikel zugenommen hat, das in den alten Bundesländern eher auf gleichem hohem Niveau bleibt.
 - Interesse am Lokalteil in lokalen und regionalen Zeitungen:

- Es hält sich im Westen auf hohem Niveau und verstärkt sich im Osten sogar noch.
- Interesse am Kulturteil:
In den Anfangsjahren der Bundesrepublik war es hoch, unterlag dann einigen Schwankungen und ist seit Einführung der lokalen Szenenkultur neben das klassische Feuilletons wieder gestiegen.
 - Interesse an Wirtschaftsthemen:
Es verharrte jahrzehntelang auf niedrigem Niveau und stieg erst in den letzten Jahren an, als die übliche Unternehmensberichterstattung durch größere Verbrauchernähe und mehr Leserservice ersetzt wurde.
 - Interesse am Fortsetzungsroman:
Am stärksten von allen Bereichen eingebrochen und aus vielen Zeitungen mittlerweile verschwunden.
 - Interesse am Sportteil:
Bei den Männern eher noch verstärkt, bei den Frauen konstant niedrig geblieben.
 - Interesse an Anzeigen und Leserbriefen:
Unverändert groß
 - Interessen der jungen Leute:
v.a. Lokales, Anzeigen, Veranstaltungskalender, Sportteil bei jungen Männern
- Die Nutzungsintensität betreffend:
 - Das Zeitbudget für die Nutzung von TV, Radio und Tageszeitung hat sich in den letzten 25 Jahren verdoppelt.
 - Allerdings hat die Zeitung davon nicht profitiert, im Gegenteil: Sowohl die Zahl der Nichtleser als auch die Lesezeit sind zurückgegangen. Der Anteil der Zeitungslektüre am Gesamtbudget liegt bei 9%. Diese Rückläufigkeit ist vor allem bei den jungen Lesern zu konstatieren. Auch die Lesemenge in Seiten bei regionalen Abo-Zeitungen ist rückläufig.
Bei den Lesern der überregionalen Qualitätszeitungen lässt sich lediglich eine zunehmende Selektivität aber kein genereller Nutzungsrückgang feststellen.
 - Wie es scheint ist das Lesen von Tageszeitungen eng mit dem politischen Interesse verknüpft. _ wachsende Wissenskluft!
 - Besonders selten ist mittlerweile die abendliche Zeitungslektüre.
 - Die Reichweiten betreffend:
 - Von 62% 1957/58 stieg sie auf 68% im Jahr 1966 und auf 70% Ende der 70er. Danach fiel sie kontinuierlich auf 60% (alte Bundesländer) ab. Im Gesamtverlauf der letzten 20 Jahre bedeutet das eine jährlichen Abfall von 0,5%.
 - Nach einer Verlaufskurve mit vielen Schwankungen hat sich die Reichweite der Kaufzeitungen bei 22% eingependelt.
 - Überregionale Kaufzeitungen liegen seit Jahren bei einer Reichweite von 5%.
 - Die zunächst höheren Reichweiten von regionalen Abo-Tageszeitungen in den neuen Bundesländern nähern sich zunehmend dem Niveau in den alten Ländern an.
 - Den Qualitätszeitungen aus dem Westen ist es nie gelungen sich wirklich im Osten zu etablieren.

- Die regionale Abo-Zeitung hat auch im Bereich des sog. weitesten Leserkreises an Reichweite verloren.
- Von den Reichweiten-Rückgängen sind Frauen wie Männer gleichermaßen betroffen, besonders stark ausgeprägt ist der Trend allerdings bei Ledigen.
- 1957/58 machten Frauen und Personen mit einfacher Schulbildung einen recht geringen Anteil der regelmäßigen Zeitungsleser aus; dieser Unterschied hat sich mittlerweile ausgeglichen.
- Das regelmäßige parallele Lesen von mehreren Tageszeitungen ist auf eine Minderheit von 15% beschränkt.
- Die Reichweitenverluste bei jungen Menschen betreffend:
 - Seit 1980 gehen die Zeitungsreichweiten bei jungen Lesern überdurchschnittlich stark zurück.
 - 1991 lasen in den neuen Bundesländern 5% mehr jungen Menschen regelmäßig die Zeitung als in den alten; mittlerweile ist aber auch dieser Unterschied eingeebnet, beide befinden sich auf gleich niedrigem Niveau.
 - Erst bei den ab 40jährigen sind die Reichweiten recht stabil.
 - Folgen für die Altersstruktur der Zeitungsleser: 1998 waren nur noch 15% der Zeitungsleser jünger als 30.
_ um dieser Überalterung der Tageszeitungsleser entgegenzuwirken beteiligen sich Zeitungsverlage an Zeitungsleseförderungen und versuchen jüngere Leser mit speziellen Angeboten zu locken.
- Die Zeitschriftennutzung betreffend:
 - Generell verloren General-Interest-Titel deutlich an Auflage, wohingegen sich Special-Interest-Titel und sogar z.T. Very-Special-Interest-Titel erfolgreich etablieren konnten.
 - Der VDZ schätzt, dass es in Deutschland – als absolutem Spitzenreiter auf dem weltweiten Zeitschriftenmarkt – 1997 2000 Publikumszeitschriften, 3500 Fachzeitschriften und 350 konfessionelle gab.
 - Da sich die Verkaufsauflage nicht proportional zur Zahl der Zeitschriftentitel entwickelte, sank die durchschnittliche Verkaufsauflage pro Titel.
 - Die Hör Zu war 1954 die reichweitenstärkste Zeitschrift in Deutschland. Bis 1998 hatte sich ihre Reichweite im Rahmen der großen Konkurrenz halbiert.
 - 1999 war die ADAC Motorwelt Reichweitenspitzenreiter in Deutschland.
 - Stern, Neue Revue und Bunte verloren zwischen 1954 und 1998 deutlich an Reichweite.
 - Der Spiegel konnte seine Reichweiten in Westdeutschland über 4 Jahrzehnte hinweg behaupten.
 - Besonders erfolgreiche Zeitschriftenneugründungen waren die TV Spielfilm, TV Movie und TV Today sowie die Lifestyle-Zeitschrift Fit for Fun.
 - Besonders im Bereich der PC-Zeitschriften haben sich neuerdings viele Titel aufgetan, es ist aber fraglich ob sich davon so viele auch werden halten können.
 - Während 1949/1950 34% der Bevölkerung keine Zeitschrift lasen, liegt dieser Wert heute unter 1%.
 - Vor allem junge Menschen gehören vermehrt zu den Zeitschriftenlesern.
 - 1992 waren 32% der Bevölkerung zum Personenkreis weitem Zeitschriftenhorizont zu zählen, gleichermaßen Frauen wie Männer, allerdings weniger ältere Personen sowie Menschen mit einfacher

- Schulbildung. Dieser Wert sank bis 1998 um 2%, obwohl die Zahl der Zeitschriften erheblich zugenommen hat.
- Bei immer größer werdendem Zeitschriftenangebot nimmt die Reichweite pro Einzeltitel ab. _ Die Lesermobilität steigt, die Leser-Blatt-Bindung nimmt ab. Auch die Lesequalität wird schlechter. Dies trifft am wenigstens auf Programmzeitschriften und besonders auf solche aus dem Bereich General-Interest zu.

Hörfunk- und Fernsehnutzung

- 1945 – 1955: Hörfunk als elektronisches Medium mit Monopolstellung
 - 1951 hörten 80%, 1956 93% der Erwachsenen Radio, und zwar durchschnittlich zwei bis zweieinhalb Stunden werktäglich, ähnlich wie in den 90ern. Allerdings wurde damals im Gegensatz zu heute am Wochenende mehr Radio gehört. Die Hauptnutzung lag klar in den Abendstunden, wo dann meist in Gesellschaft gehört wurde. Nutzungsgipfel gab es morgens eine Stunde, mittags um 13 Uhr und dann den größten ab 19 Uhr.
 - Der Hörfunk galt zu dieser Zeit als Freizeitbeschäftigung, nicht wie heute als Nebenbeimedium. Inwiefern keine andere Beschäftigung nebenher ausgeführt wurde, ist von Sparte zu Sparte verschieden.
 - In der frühen Nachkriegszeit wurde den politischen Hörfunksendungen mit großer Skepsis begegnet, was allerdings für alles zutraf das irgendwie mit Politik zu tun hatte. Nach der Währungsreform und der Verbesserung der Wirtschaftslage änderte sich dies dann zunehmend, sodass Mitte der 50er der Hörfunk auch als politisches Informationsmedium durchgesetzt hatte.
- 1954 – 1964: Fernsehen als Konkurrenzangebot zum Hörfunk
 - Die ersten bzw. frühen Fernsehgerätbesitzer hoben sich vom Bevölkerungsdurchschnitt deutlich ab. Es waren vor allem Selbständige. In diesen Jahren war ein Fernseher noch ein Luxusartikel. Als er sich dann zunehmend verbreitete glich sich die Sozialstruktur des Fernsehbesitzers auch dem Durchschnittsbürger an.
 - Das TV war direkter Publikums konkurrent des Radios: Vor allem diejenigen, die früher viel Radio gehört hatten, interessierten sich nun auch besonders für das neue Medium.
 - Der Hauptanschaffungsgrund eines Fernsehers war Unterhaltung.
 - Die Hauptsehtage waren Samstag und Sonntag; das abendliche Programm von 2 bis 3 Stunden wurde meist ganz angesehen.

- Das Freizeitverhalten der Menschen veränderte sich durch das TV: Sie blieben mehr zuhause, hatten öfter Gäste und gingen später zu Bett.
- Dadurch wurden natürlich auch die Hörfunknutzungsgewohnheiten verändert; es war absehbar, dass das Radio seine abendlichen Zuhörer zunehmend verlieren würde.
- „Unterhaltungsslalom“: Wenn das TV-Programm nicht unterhaltend genug war, gingen die Rezipienten zum Radiohören über.
- Die Hörfunknutzung nahm aber insgesamt ab. Es gab beachtliche Verschiebungen in der tageszeitlichen Nutzung.
- Nicht nur die Hörer, sondern auch die attraktiven Hörfunksendungen mit ihren Protagonisten wanderten zum TV ab.
- 1964 – 1985: Rundfunk als öffentlich-rechtliche Veranstaltung
 - 1974 verfügten 95% der Haushalte über ein TV-Gerät, 78% wurden an einem durchschnittlichen Werktag erreicht, das TV wurde täglich im Schnitt 2 Stunden und 5 Minuten genutzt. Damit war vorerst die Nutzungsausweitung abgeschlossen.
 - Begünstigt wurde diese schnelle Akzeptanz einerseits durch folgende 5 Funktionen, die das TV sehr gut erfüllt: Orientierungsfunktion, Unterhaltungsfunktion, Fluch- und Entlastungsfunktion, Partnerfunktion, Kontaktfunktion.
 - Andererseits wurde sie durch Zeitumstände weiter begünstigt: das damalige Verständnis von Freizeit, Familie und dem trauten Heim, der Zuwachs an arbeitsfreier Zeit (seit 1974 40-Stunden- bzw. 5-Tage-Woche) und Wohlstand, die meist neu bezogenen Wohnungen
 - 1974 war der Höhepunkt der Fernsehnutzung vor der Einführung des dualen Systems. Zwischen 1980 und 1985 ließ die Faszination des TV allmählich nach, die Nutzungszahlen gingen zurück. Es trat eine Routinisierung und Ritualisierung.
 - Dies bedeutete auch, dass sich das TV und der Hörfunk in ihrer Akzeptanz beim Publikum wieder annäherten. Nur die Funktionsschwerpunkte waren unterschiedlich. Das eigentliche Unterhaltungsmedium war 1985 der Hörfunk. Auch bei aktueller politischer Information lag das Radio vorne. Der Funktionsschwerpunkt des TV war es, politische Information vollständig, verständlich und objektiv zu vermitteln.
 - Während also das TV nach seiner Expansion eine Stagnation erlebte, war es beim Hörfunk genau umgekehrt: Nach der Stagnation nach Aufkommen des TV, kamen wieder bessere Zeiten: nach Zeitaufwand und Reichweiten war es das deutlich stärker genutzte Medium.
 - Dies war vor allem durch die Übernahme der neuen Funktion als Begleitmedium möglich. Außerdem wurde sein Programmangebot stark ausgeweitet und differenziert. Des weiteren hatte es einen weiteren Vorteil, was die Außerhausnutzung angeht.
 - Die Einführung der fünf Dritten Programme im TV bedeutete eine starke Programmausweitung was das Sendevolumen angeht. Programmselektion und Entwicklung von Programmpräferenzen wurde begrenzt möglich.
 - Fernsehbestseller sind und waren auch damals schon Krimis und Unterhaltungssendungen.
 - Das „Unterhaltungsslalom“ genannte Verhalten verstärkte sich.

- Es wurde ebenfalls deutlich, dass die Rezeption der Nachrichtensendungen keine fixe Konstante darstellte, denn als mehr Programmauswahl bestand wurde immer öfter auf Unterhaltungssendungen umgeschaltet.
- Die Reichweite des TV war 1985 die niedrigste seit 1964. Der Nutzungshöhepunkt war damit überschritten.
- 1985 – 1997: Rundfunknutzung im dualen Rundfunksystem
 - Ende 1997 sind für einen TV-Haushalt im Schnitt 34 Programme empfangbar.
 - Im Bereich Hörfunk gab es im gleichen Jahr 241 Programme, wobei hier kein Wert für Programme pro Haushalt angegeben werden kann, da die meisten ja nur regional verbreitet wurden.
 - Es ist nicht nur das Medienangebot, sondern auch die Ausstattung der Haushalte mit entsprechenden technischen Geräten gestiegen.
 - 1997 sind werden Radio und TV mehr genutzt als Mitte der 80er.
 - Eine Besonderheit beim Radio gegenüber dem TV ist, dass sich die Selektion der Hörer eher auf das Programm, also den Sender bezieht als auf die Programminhalte, also einzelne Beiträge. Das kann z.T. auch daran liegen, dass die Radiosender viel stärker zielgruppen- und spartenspezialisiert sind als die TV-Sender.
 - Bürger der neuen Bundesländer nutzen die elektronischen Medien im allgemeinen mehr als die der alten Länder.
 - Seit der Programmexplosion durch Eintreten der privaten Anbieter auf den Markt nutzen zwar nicht mehr Menschen das TV, die die es nutzen tun dies aber länger.
 - Auch die Reichweite des Mediums hat sich erhöht.
 - Der Zeitaufwand für die Fernsehnutzung ist 1997 die höchste bis dahin gemessene.
 - Die Vielsehergruppe ist einerseits größer geworden und andererseits sieht der einzelne Vielseher auch länger fern. Besonders die Vielseher nutzen das größere Programmangebot. Sie bevorzugen die privaten Sender, wie auch die Ostdeutschen, die Jüngeren und die formal weniger gebildeten und die politisch wenig interessierten.
 - Zwischen 1985 und 1995 hat die primär unterhaltungsorientierte Nutzung des TV zugenommen und die eher auf Information abzielende abgenommen.
 - Sogar die Nutzung der abendlichen Nachrichtensendungen ist rückläufig.
 - Ihren Unterhaltungsbedarf decken die Nutzer eher beim Privatfernsehen, ihren Informationsbedarf meist durch die öffentlich-rechtlichen Sender.
 - Daraus, dass das TV zunehmend zum Unterhaltungsmedium wird und durch die Etablierung von Sendern wie MTV und VIVA könnte sich eine wieder verstärkte Konkurrenz für den Hörfunk ergeben. Das TV wird genau wie früher das Radio immer mehr zum Begleitmedium.

➤ Rahmenbedingungen und Bedingungsfaktoren

Presserecht

- Nach Einführung des Lizenzierungssystems wurden ab 1948 Landespressegesetze erlassen; in manchen Ländern ersetzten sie das bis dahin geltende Reichspressegesetz vom 7.5.1874 vollständig, in anderen wurden nur Teilaspekte geregelt, in wieder anderen wurden zu dieser Zeit noch keine Pressegesetze erlassen.
- 23.5.1949: Erlassung des Grundgesetzes _ Artikel 5; damit war das Lizenzierungssystem nicht länger vereinbar.
- _ Abschaffung des Lizenzierungssystems am 21.9.1949 durch das „Gesetz Nr. 5 über Presse, den Rundfunk, die Berichterstattung und die Unterhaltungsstätten“ der Alliierten Hohen Kommission
- Artikel 70 Abs. 1 GG = Kompetenzordnung: Gesetzgebung ist Ländersache, insofern nicht das Grundgesetz dem Bund selbst die Zuständigkeit verleiht
- Artikel 75 Abs. 1 Nr.2 GG: Recht des Bundes Rahmenvorschriften für die Gesetzgebung der Länder im Bezug auf die allgemeinen Rechtsverhältnisse der Presse festzusetzen.
- Das frühere Reichspressegesetz sollte als Landesrecht weitergeltet, d.h. der Landesgesetzgebung der Übergangs- und Anfangszeit wurde großes Gewicht verliehen.
- Bisher scheiterten alle Versuche des Bundes, ein Presserechtsrahmengesetz (Bundespressegesetz) zu erlassen.
- Daher ist es nur der Initiative der Länder zu verdanken, dass in den 60ern eine bundesweite Vereinheitlichung der wichtigsten Punkte durchgeführt wurde, und zwar durch die Vorlage eines Modellentwurfes als Vorbild für alle folgenden modernen Landespressegesetze, die daraufhin 1964 bis 1966 in allen Ländern außer Bayern neu erlassen wurden. Als Grundlinien wurden die Meinungs- und Pressefreiheit sowie die Bemühung um wahrheitsgetreue Berichterstattung betont. Verantwortlich für die Einhaltung ist jeweils der verantwortliche Redakteur. Wichtig war auch das Recht der Gegendarstellung.
- Den Journalisten wurden besondere Rechte und strafrechtliche Privilegien zugesprochen, allerdings waren auch die Pflichten der Presse z.T. strafrechtlich abgesichert.
- Dem Recht auf Meinungs- und Pressefreiheit wird nur durch die allgemeinen Gesetze eine Schranke gesetzt. Schwer zu entscheiden ist jedoch jeweils, ab wann diese Begrenzung überschritten wird. Besonders schwerwiegend wird es, wenn die Pressefreiheit mit dem Persönlichkeitsrecht und der Menschenwürde in Konflikt gerät.
Als dogmatische Grundlage dient dafür das Lüth-Urteil vom 15.1.1958 (S. 453!) Demnach kann die Meinungsfreiheit durch strafrechtliche Normen und zivilrechtliche Ansprüche eingeschränkt sein. Bedeutend ist, dass die Existenz eines solchen allgemeinen Gesetzes noch nicht die Einschränkung der Pressefreiheit rechtfertigt, sondern diese Einschränkung ihrerseits mit Art. 5 Abs. 1 GG konform sein muss = Wechselwirkungslehre. Eine Entscheidung kann also nur von Fall zu Fall unter Berücksichtigung aller Umstände getroffen werden.
- Bei diesen Abwägungen im Einzelfall kommt der Auslegung der Äußerung besonderes Gewicht zu. Dazu wurden gewisse Auslegungsregeln entwickelt. Zunächst muss überprüft werden ob es sich um eine Tatsachenbehauptung oder eine Meinungsäußerung handelt. Tatsachenbehauptungen fallen nicht unter den Meinungsfreiheitsschutz. In diesem Fall muss lediglich entschieden werden ob die Äußerung wahr oder falsch war. Die Meinungsfreiheit muss zurücktreten, wenn

die Menschenwürde des Betroffenen verletzt wird und auch im Fall einer sog. Schmähkritik. Die meisten Meinungsäußerungen beruhen auf einer Kombination aus Tatsachenbehauptung und Werturteil. Solche Äußerungen fallen immer unter den Schutz der Meinungsfreiheit.

Rundfunkrecht

Nach der Entscheidung für die öffentlich-rechtliche Organisationsform des Rundfunks wurden Rundfunkanstalten errichtet: in der amerikanischen Zone durch Landesgesetze, in der britischen und französischen durch Rechtsverordnungen der Militärregierungen. Es wurden u.a. die Finanzierung des Rundfunks durch Gebühren, Grundsätze für die Programmgestaltung und die Selbstkontrolle des Rundfunks festgehalten.

Während in Artikel 5 des GG die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und das Recht sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten festgesetzt sind, wird nichts über die Rundfunkorganisation vorgeschrieben. Nur die Bundeskompetenz für das Fernmeldewesen ist festgeschrieben (Art. 73 Nr. 7).
5.8.1950: Gründung der ARD zu gemeinsamer Interessenwahrnehmung und Zusammenarbeit. Sie ist ein loser Zusammenschluss ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

1953: Fernsehvertrag, geschlossen durch die Anstalten
Grundlage für das TV-Gemeinschaftsprogramm der ARD

In dieser Zeit wurden auch für die Gebiete der ehemaligen britischen und französischen Zone Rundfunkgesetze oder Staatsverträge abgeschlossen.

17.4.1959: „Abkommen über die Koordinierung des Ersten Fernsehprogramms“ (zwei Staatsverträge, geschlossen durch alle Länder); u.a. wurde der angemessene Finanzausgleich zwischen den Landesrundfunkanstalten festgeschrieben.

Streitigkeiten um die Deutschland-Fernsehen GmbH: siehe oben!

_ 28.2.1961: „Erstes Rundfunkurteil“ = „Fernsehurteil“

Klärung der Kompetenzfrage: Nur die technischen Vorgänge des Sendens, nicht einmal die Studiotchnik, fallen unter ausschließliche Bundeskompetenz.

Offen geblieben Frage: Berechtigt die Kompetenz für auswärtige Angelegenheiten und gesamtdeutsche Fragen den Bund zur Veranstaltung von Rundfunksendungen speziell für das Ausland und für Deutsche außerhalb der BRD (v.a. DDR)?

Verneint wurde die Frage nach einer Berechtigung zum TV-Programm die Repräsentation der BRD nach innen betreffend.

Restriktion der Bundeskompetenz über das Fernmeldewesen: Der Bund darf dieses Recht nur unter Beachtung des Grundsatzes bundesfreundlichen Verhaltens ausüben, d.h. der Bund darf den öffentlich-rechtlichen Anstalten keine in ihrem Eigentum befindlichen Sendeanlagen wegnehmen.

Grundsätzlich wurde das Betreiben von Rundfunkanstalten für die Zeit, in der die Technik so weit sein werde, durch private nicht verboten.

6.6.1961: „Staatsvertrag über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts Zweites Deutsches Fernsehen“

Ihr Programm sollte unabhängig von den bisher bestehenden Anstalten produziert werden, um die Verschiedenheit dieses zweiten Programms zum ersten zu garantieren.

1.4.1963: Aufnahme der Sendetätigkeit

Die vorhin offen gebliebene Frage wurde implizit durch die Gründung von „Deutsche Welle“ und „Deutschlandfunk“ beantwortet.

Sie wurden am 7.6.1962 in die ARD aufgenommen.

Mit der Wiedervereinigung erledigte sich die Aufgabe des Deutschlandfunks. Seine persönlichen und sächlichen Mittel wurden auf das Deutschlandradio überführt. Mitglieder sind hier die ARD-Anstalten und das ZDF.

Juni 1967: Änderung des Rundfunkgesetzes im Saarland

Dadurch wurden private Rundfunkunternehmen genehmigt.

Die „Freie Rundfunk AG“ stellte einen Konzessionsantrag.

16.6.1981: „Drittes Rundfunkurteil“: Saarländisches Rundfunkgesetz verfassungswidrig und damit nichtig. Das Bundesverfassungsgericht gab eine differenzierte Begründung ab, die gleichzeitig Richtlinien für die spätere Erlaubnis private Rundfunkveranstalter darstellte.

1984: Kabelpilotprojekte

_ Gesetzesänderungen nötig, die die Einführung des dualen Systems möglich machten.

_ Gründung von Landesmedienanstalten, welche die Genehmigungen erteilen und die Einhaltung der Grundsätze überwachen sollten.

Sonderregelung in Bayern:

Art. 111a 1973 in die Bayerische Verfassung eingeschoben: Rundfunk wird in öffentlicher Verantwortung und in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft betrieben. Die Landeszentrale für neue Medien tritt als diese Trägerin auf. Sie ermöglicht den Medienbetriebsgesellschaften die Organisation von Rundfunkprogrammen aus den Beiträgen von Rundfunkanbietern (= private Rundfunkunternehmer _ kommt aufs gleiche raus.

Durch die Vergabe eines Satellitenkanals wurde die Möglichkeit eines bundesweit empfangbaren Programms geschaffen. Dadurch wurde eine gemeinsamer Ordnungsrahmen nötig, der aber durch die Meinungsverschiedenheiten der Landesregierung nicht zustande kam und so zur Verhärtung der medienpolitischen Fronten und zu den nächsten Rundfunkurteilen führte.

4.11.1986: viertes Rundfunkurteil des Bundesverfassungsgerichts

Festsetzung der Grundversorgung-Aufgabe der öffentlich-rechtlichen + wenn diese Grundversorgung gewährleistet ist, dann können im Programm der privaten Veranstalter etwas niedrigere Anforderungen an die Vielfalt gelten.

Fünftes Rundfunkurteil:

Nochmalige Bekräftigung, dass die Grundversorgung mehr als eine Minimalversorgung beinhaltet.

5.2.1991: Sechstes Rundfunkurteil

Die Sicherung der Grundversorgung meint nicht nur eine Bestands- sondern auch eine Entwicklungsgarantie der öffentlich-rechtlichen, u.a. die Teilhabe an technischen Neuerungen.

1987 (?): Rundfunkstaatsvertrag zwischen allen Ländern
Zuteilungen von Satellitenkanälen, einheitliche Mindestanforderungen die Vielfalt bei den privaten betreffend, Regelungen über Werbung, Finanzierung und Aufsicht beim privaten Rundfunk

31.8.1991: Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland

Beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk ist der Binnenpluralismus gesetzlich geregelt, bei der Presse gilt der Außenpluralismus. Der private Rundfunk nimmt eine Zwischenstellung ein.

Gesetzliche Regelung: §20 des Rundfunkstaatsvertrages von 1991 (S. 464, 465)

Entgegenwirkung wirtschaftlicher Verflechtung von Privatsendern:

§21 des Rundfunkstaatsvertrages von 1991: Jeder Veranstalter nur bis zu zwei bundesweite Programme

26.8./11.9.1996: novellierter Rundfunkstaatsvertrag §26 Abs. 1

Vorherrschende Meinungsmacht ab Überschreitung des 30%-Fernsehzuschaueranteils

Konsequenz: keine Genehmigung weiterer Programme + Maßnahmen, die entweder zu außen- oder binnenpluraler Vielfalt führen, durchgeführt von der „Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich“.

Journalismus und journalistisches Berufsverständnis

Laut dem DJV hat sich das Berufsverständnis im Laufe der Zeit entlang dreier Dimensionen verändert:

1. Wandel der Vorstellung vom Begabungsberuf zum Ausbildungs- und Qualifikationsberuf
2. Inkorporation des sog. subsidiären Journalismus, also der Tätigkeit in der Öffentlichkeitsarbeit, in das Berufsbild
3. Anpassung der Tätigkeitsmerkmale und der möglichen Arbeitsorganisationen und -formen an die technischen und wirtschaftlichen Veränderungen in der Medienwelt

Seit den allerersten Anfängen des Journalismus lassen sich vier Phasen ausmachen:

1. präjournalistische Periode
2. Periode des korrespondierenden Journalismus
3. Periode des schriftstellerischen Journalismus
4. Periode des redaktionellen Journalismus

Die Gedanken der Aufklärung und der französischen Revolution bestimmten den schriftstellerischen Journalismus, was auch heute noch zu spüren ist: Daher stammt der Wille der deutschen Journalisten, über politische Themen kritisch zu berichten und zur öffentlichen Meinungsbildung beizutragen. So wird der deutsche Journalist

oft als „Spion des Publikums“, „Sittenrichter“ und „Advokat der Menschheit“ bezeichnet.

Er versteht seine Pressefreiheit als Abwehrrecht gegenüber staatlicher Gewalt und ist sich sicher, dass er seine Privilegien völlig zu recht bekommen hat. Dies rührt natürlich aus der Geschichte her: Während England auf 250 und Amerika auf 200 Jahre lange Tradition der Pressefreiheit zurückblickt, hinkt Westdeutschland mit seinen 50 Jahren und Ostdeutschland mit seinem Jahrzehnt Pressefreiheit stark hinterher.

Die Nachkriegszeit: Neugliederung des Journalistenberufs

- Nach dem Krieg wurde beim Journalismus weder aus der Sicht der Berufseinsteiger noch aus der Sicht der früheren NSDAP-Zugehörigkeit ein völliger Neuanfang gewagt: 2 von 3 Journalisten, die 1945 bei Lizenzzeitungen anfangen, hatten schon Berufserfahrung. Von ihnen hatten schon 60% im dritten Reich als Journalisten gearbeitet, nur 5% hatten ihre journalistische Tätigkeit in der NS-Zeit unterbrochen. Von ersteren war jeder zweite Parteimitglied gewesen.
- Die meisten, die in der Lizenzzeit für die Zeitungen arbeiteten, blieben auch danach beim journalistischen Beruf.
- Anders ist es beim Rundfunk: Dort waren die meisten nun Angestellten in der NS-Zeit nicht beim Rundfunk beschäftigt gewesen.
- In dieser Zeit war die soziale Lage der Journalisten noch schlechter als die in anderen Berufen: Es war ein Überangebot an Arbeitskräften vorhanden, es kamen viele berufsfremde Personen dazu, die Bezahlung war schlecht, es war kein Versicherungsschutz vorhanden, die meisten Arbeitsverhältnisse waren nur von kurzer Dauer.
- Um diese Lage zu verbessern wurde 1949 der DJV und 1951 die dju gegründet; sie kümmerten sich u.a. um Tarifverträge. Seitdem ist der journalistische Beruf durch einen hohen Organisationsgrad gekennzeichnet.
- Die Maßnahmen der Alliierten führten keinen völlig neuen Journalismus herbei, denn sie konnten bei den Deutschen ihre Vorstellungen von einem komplett objektiven, neutralen Journalismus nicht durchsetzen. Bei den Deutschen blieb also das Primat der Meinung über die Fakten erhalten. Ein weiterer Unterschied zum angelsächsischen Journalismus ist die starke Überlappung der verschiedenen redaktionellen Tätigkeiten. So passiert es den Deutschen auch viel seltener als ihren angelsächsischen Kollegen, dass ihr Beitrag von einer höheren Instanz verändert wird.

Die sechziger Jahre: Politisierung von Gesellschaft und Journalismus

- Das Selbstverständnis des journalistischen Berufes hatte sich dahingehend verändert, dass er sich nun als vierte, mindestens gleichberechtigte aber eher noch stärkere Gewalt neben den drei klassischen Staatsgewalten verstand.
- Zu dieser Zeit geschahen in der Rechtsetzung und Rechtsprechung die wesentlichen Ausformungen und Interpretationen des Artikel 5 GG, sowie auch die Landespressegesetze erlassen und die wenigen Pflichten der Journalisten vor dem Gesetz durch eine Reihe von Rechten und Privilegien ergänzt wurden.

- Wichtig wurde außerdem die Anerkennung der öffentlichen Aufgabe des Journalismus, die sich unter dem Begriff Organ-Theorie zusammen mit der Privilegien-Theorie in der Berufsideologie festsetzte.
- Die Medien wurden durch ihre Erfolge gegenüber der Politik immer mehr als gesellschaftlicher Machtfaktor wahrgenommen und anerkannt. Somit wurden der politische Einfluss und das Kritisieren von Missständen die wichtigsten Berufsmotive der Journalisten.
- Durch dieses Berufsbild, das vielen gefiel, entstand ein wahrer Sturm auf entsprechende sozialwissenschaftliche Studiengänge. Die Journalisten, die aus der Studentenbewegung kamen, waren völlig zufrieden mit diesem Berufsbild: klare politische Tendenz, eher links orientiert, Zielsetzung der Einflussnahme.

Die siebziger Jahre: Vom Begabungs- zum Ausbildungsberuf

- Ihren Ursprung hatte diese Entwicklung in Überlegungen, die in den USA die Professionalisierung des Berufes betreffend, stattfanden, um u.a. die Journalism Schools der Hochschulen in ihrem Status aufwerten zu können. Diese Gedanken schwappten schnelle nach Deutschland über, wo aber einige mit dem Berufsbild unvereinbare Merkmale einer echten Profession festgestellt wurden: Freiheit von Laienkritik, Zugangsregelung zum Beruf, Monopolisierung des Kompetenzbereichs, Verantwortung für die Folgen von Medieninhalten. Es wurden aber Einstellungen bei Journalisten gefunden (Gemeinwohlverpflichtung und Eigenmotivation), die aber durchaus zumindest zu einer professionellen Orientierung passten.
- Außerdem wurde in Deutschland die Feststellung gemacht, dass die Ausbildung der Journalisten eher auf einem niedrigen Niveau angesiedelt war: 60% gelangten über ein Volontariat in ihren Beruf, das sie als verbesserungswürdig einstufen, und unter den Journalisten befanden sich bemerkenswert viele Studienabbrecher.
- Von außen wurde eine „Professionalisierung durch Wissenschaft“ zunehmend gewünscht, als man sich der Macht und der Verantwortung bewusst wurde, die diese bescheiden gebildeten Menschen innehatten.
- Inhalt der journalistischen Kompetenz sind die Fach-, die Vermittlungs- und die Sachkompetenz. Vor allem letztere sollten durch eine spezifisch journalistische Ausbildung erworben werden. _ 1971 erstes „Memorandum zur Journalistenausbildung“ der „Gemischten Kommission“ des Deutschen Presserates _ Heute große Vielfalt an Ausbildungsangeboten, mit immer größerem Praxisanteil, anteilig mehr Journalisten mit abgeschlossenem Studium

Die achtziger Jahre: Säkularisierung des Journalismus?

- Eine Entgrenzung des Journalismus stieg fand sowohl durch die quantitative Zunahme der journalistischen Berufe, als auch durch ihre Ausdifferenzierung statt.
- In den 80ern stieg die Zahl der in den Medien Beschäftigten aus drei Gründen so steil wie noch nie an: Vermehrung der Medieninstitutionen, Bedeutungszuwachs der Öffentlichkeitsarbeit, Entstehung neuer Berufe
- Bemerkenswert war der Bedeutungszuwachs der PR durch den Bedarf nach funktionalen Rollen und Institutionen, deren Ziel es ist, die öffentliche

Darstellung von Akteuren positiv zu beeinflussen (u.a. dies stellte eine Veränderung der Strukturen und Prozesse öffentlicher Kommunikation dar). Ihre Legitimation fand die PR v.a. darin, dass es als legitim befunden worden ist, seine Interessen in der öffentlichen Kommunikation darzustellen und durch die Feststellung, dass Journalisten durchaus auch ihre persönlichen Interessen nach außen vertreten können.

- Die neuen technischen Errungenschaften brachten für die Journalisten den Vorteil, ihre bisherigen Aufgaben schneller und effizienter durchführen und sich somit auf die wichtigen Dinge konzentrieren zu können, wie z.B. die eingehende Recherche. Somit ist also die funktionale Rolle des Journalismus erhalten geblieben, sogar durch die immer größer werdende Flut an Informationen noch größer geworden: Die Journalisten sollen für ihre Rezipienten das Wichtige aus dem ganzen Angebot herausfiltern und ihnen dieses in knapper rezipientenfreundlicher Form präsentieren, wodurch sie ihren Bedarf nach Kontrolle über ihre Umwelt stillen können.
- Durch die neuen Berufe sind die Übergänge zwischen inhaltlichen, technischen und wirtschaftlichen Funktionen fließend geworden und es sind Schnittstellen zwischen Gestaltung und Technik, Text und Technik sowie Business und Technik entstanden.
- Bemerkenswert ist noch die Zunahme der selbständig arbeitenden Journalisten.
- Es wird im Rollenverständnis der Journalisten zunehmend eine Angleichung an ihre angelsächsischen Kollegen festgestellt, d.h. der Missionseifer im deutschen Journalismus hat etwas nachgelassen. Wichtiger werden stattdessen Service- und Unterhaltungsfunktionen. Dies wird oft mit den beiden Schlagworten Konkurrenzdruck und Kommerzialisierung in Zusammenhang gebracht. Ursache der „Säkularisierung der Missionare“ wird in der Veränderung der Medienlandschaft gesehen.
- Einige Ereignisse der 80er führten zum Aufflammen der Diskussion um die Berufsethik. Es lässt sich grundsätzlich zwischen Individual-, Professions- und Institutionsethik unterscheiden. Der Pluralismus kann bei uns als Zentralwert der journalistischen Berufsethik ausgemacht werden, deren Gewährleistung durch bestimmte professionelle Verfahren sichergestellt wird. Allgemein werden Tabuzonen in Deutschland viel mehr als in anderen Ländern akzeptiert und ethische Grenzen respektiert. Da sich alle über die Verwerflichkeit des Handelns der Journalisten in diesen Fällen einig waren, verebbte die Diskussion schnell wieder. Bemerkbar ist heute allerdings, dass die Journalisten bereiter sind, fragwürdige Recherchemethoden anzuwenden als früher. So nahmen auch die Beschwerden beim Presserat zu, v.a. die Missachtung des Wahrheitsgebotes und die Verletzung der Persönlichkeitsrechte betreffend.

Die neunziger Jahre: Journalismus und Wiedervereinigung

- Die DDR-Berichterstattung verharmloste die wirtschaftliche und humanitäre Situation im Osten. Die DDR wurde insgesamt viel zu positiv dargestellt.
- Diese falsche Berichterstattung lässt sich auf zwei Arten von Journalisten zurückführen:
 - Die Unwissenden:
Sie waren von der Überzeugung geleitet, an der Existenz der DDR ließe sich erst mal sowieso nichts ändern und daher wäre es am

sinnvollsten die Berichte so zu verfassen, dass ein gutes politisches Auskommen mit der DDR möglich wird. Dies brachte weitgehende Zurückhaltung und Kritiklosigkeit in der DDR-Berichterstattung mit sich.

- Die Wissenden:
Ihnen ging es subjektiv darum, die Existenz der DDR zu erhalten. Es lässt sich hier zwischen den Gutwilligen und den Böswilligen unterscheiden, wovon erstere an eine langfristige Überlegenheit des Sozialismus gegenüber der Marktwirtschaft glaubten und letztere die absichtlichen Falschmelder waren, die z.B. im Dienste der Stasi standen.
- Was die Beschäftigung der ehemaligen DDR-Journalisten im vereinigten Deutschland anbelangt, so lassen sich einige Parallelen zur personellen Kontinuität der Nachkriegsjahre im Weste ziehen: die meisten Journalisten wurden weiter beschäftigt, auch ihre politische Vergangenheit war meist kein Kündigungsgrund. Dies gilt sowohl für Presse als auch für Rundfunk. Aus der Weiterbeschäftigung der ehemaligen DDR-Journalisten folgt ein stärkeres politisch und idealistisch geprägtes Berufsverständnis der ostdeutschen Journalisten.